

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Reinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Postzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Übereinkunft.

## Arbeiterkammern.

Die Diskussion über Arbeiterkammern ist im letzten halben Jahre rege fortgesetzt worden. Fast die gesamte deutsche Gewerkschaftspresse hat die Notwendigkeit der Schaffung einer gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft erörtert. In allen diesen Auslassungen wird die Bedürfnisfrage bejaht; alle gewerkschaftlichen Verbandsorgane — und das ist ein günstiges Zeichen des Zielbewußtseins unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung — sind sich auch einig darin, daß wir den Arbeiterkammern vor den Arbeitskammern den Vorzug zu geben haben. Ja, es wiegt sogar die Meinung vor, daß die organisierte Arbeiterschaft an der gesetzlichen Einführung von Arbeitskammern nur wenig oder gar kein Interesse hat und daß wir lieber auf jede Interessenvertretung verzichten, als uns mit Arbeitskammern zufriedener zu geben. Auch die sozialpolitische Presse hat sich der Angelegenheit bemächtigt; ferner liegt eine wichtige Stimme des bedeutendsten Scharfmacherorgans, der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, zu der Frage vor, und schließlich haben in den letzten Wochen wieder zwei Parlamente sich mit der Einführung von Arbeiterkammern beschäftigt. Bei dem großen Interesse, das wir der Frage entgegenbringen, ist es angebracht, auf die wichtigsten dieser Erörterungen näher einzugehen.

Da ist es zunächst eine Artikelserie im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, mit der wir uns beschäftigen müssen. Im wesentlichen befürwortet der Verfasser darin die Schaffung von Arbeitskammern. Er stellt dafür folgende Leitfäden auf:

1. Für die Repräsentation und Interessenvertretung der Arbeiter im Sinne der Äußerung von Meinungen, Vertretung von Forderungen, Stellung von Anträgen und Abgabe von Gutachten genügen reine Arbeiterkammern. Die beste Arbeitervertretung aber sind die Gewerkschaften selbst, deren Kartelle, Verbandstage und Kongresse.

2. Sollen diese Kammern mehr als bloße Arbeiterausschüsse mit unverbindlicher Meinungsäußerung sein, sollen sie in Verbindung mit Arbeitsämtern staatliche Befugnisse der Selbstverwaltung und Regelung der Arbeitsverhältnisse ausüben können, so müssen wir Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage fordern.

3. Paritätische Kammern isolieren und schwächen den Einfluß der reinen Interessenvertretungen des Unternehmertums und üben durch ihre Initiative eine stärkere Wirkung auf Regierungen und Verwaltungen als jene aus. Sie schränken die Macht der Bürokratie ein und bringen den sozialpolitischen Fortschritt wirksamer zur Geltung.

4. In jedem Falle muß ein direktes, allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht der Kammer das volle Vertrauen der Arbeiter sichern; für paritätische Kammern ist ein solches wegen ihrer verantwortlicheren Stellung in höherem Maße notwendig.

Wir sind mit diesen Leitfäden nicht einverstanden und haben unsere andere Meinung über diese Frage schon früher (in Nr. 34 des letzten Jahrgangs unserer Zeitung) begründet. Ganz abgesehen davon, daß der Leitfaden 3 für uns nur die Bedeutung einer Illusion hat, da wir bei dem heutigen Charakter des Unternehmertums, der mehr scharfmacherisch als zu Konzessionen irgend welcher Art an die Arbeiterschaft geneigt ist, kaum ein Zurückdrängen des Einflusses der reinen Interessenvertretungen des Unternehmertums — die neben der Arbeitskammer also immer noch bestehen würden —, eher aber das Gegenteil dessen voraussetzen können. Denn das Unternehmerinteresse, das sehr oft nur ein Scharfmacherinteresse ist, würde unter Bestehenlassen der Landwirtschafts-, Handels-, Gewerbe- und Handwerkerkammern durch Gründung von Arbeitskammern, in denen die Unternehmer zu alledem noch so viel zu sagen haben würden wie die Arbeiter, denen im übrigen keine besondere Interessenvertretung zur Verfügung steht, nur an Einfluß gewinnen. Die natürliche Schlussfolgerung ist für uns dann doch so: „Entweder wir legen der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung bei und setzen alles daran, eine solche gesetzgeberisch zu erlangen. Dann geht es aber nicht an, dem Scharfmachertum einen ent-

scheidenden Einfluß auf dieselbe zu gewähren. Oder aber, uns läßt es gleichgültig, wenn den Unternehmern eine Gleichberechtigung in den staatlichen Interessenvertretungen der Arbeiter gewährt wird, womit wir aber zum Ausdruck bringen würden, daß wir diesen ganzen Körperschaften nur wenig Bedeutung zumessen.“ Einem kann es doch nur geben, und da niemand von uns erwarten wird, daß wir den Einfluß des in Deutschland ohnedies übermächtigen Scharfmachertums nur noch mehr kräftigen, so müssen wir uns entschieden gegen Arbeitskammern und für Arbeiterkammern erklären.

Auch das können wir nicht gelten lassen, daß durch Einführung paritätischer Kammern die Macht der Bürokratie gebrochen wird und daß sie mehr dem sozialpolitischen Fortschritt dienen. Die Bürokratie wird durch halbe Maßregeln nicht besiegt, und die Sozialpolitik hat durch Kompromisse noch keine den Arbeitern dienliche Bahn eingeschlagen. Also auch hier müssen wir betonen, daß es unserem Interesse förderlicher ist, wenn wir aufs Ganze gehen.

Nun der andere Einwand, daß die Kompetenz der Arbeiterkammern sehr beschränkt sei, und daß man deshalb für paritätische Kammern eintreten müsse. Wir glauben auch diesen Einwand in dem mehrfach schon erwähnten Artikel hinreichend widerlegt zu haben, es kann aber der Sache nicht schaden, wenn wir nochmals darauf eingehen. Wir stützen uns dabei auf einen Artikel unseres Kollegen Robert Schmidt im Januarheft der „Sozialistischen Monatshefte“ (siehe Jahrgang 1905, I. Bd., S. 43 u. f. Robert Schmidt, Interessenvertretungen der Arbeiter). Schmidt, der ja früher schon der Schaffung reiner Arbeiterkammern das Wort geredet hat (siehe Correspondenzblatt 1899, Nr. 49), beschäftigt sich hier gerade mit dieser Seite der Sache sehr eingehend. Er verweist sehr richtig auf den von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Gesetzesentwurf, in dem es über die Aufgaben der Arbeitskammern heißt:

„Die Arbeitskammer unterstützt das Arbeitsamt in seiner amtlichen Tätigkeit, insbesondere bei seinen statistischen Erhebungen. Die Arbeitskammer kann Untersuchungen anstellen über die Gehälter, die Löhne, die Arbeitsart und Arbeitsdauer, die Lebensmittel- und Mietpreise, die Wirkung von Verordnungen und Gesetzen, insbesondere von Zöllen, Steuern und Abgaben in ihrem Bezirk. Sie hat das Recht, Besprechungen mit Vorständen in gewerblichen Betrieben ihres Bezirks zur Kenntnis des Reichsarbeitsamtes, der Landeszentralbehörden und der gesetzgebenden Körperschaften zu bringen und Anträge an dieselben zu stellen, sowie Gutachten über Maßregeln und Gesetzesentwürfe abzugeben, die das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren.“

Auf Ersuchen des Reichsanwalters, des Bundesrats, des Reichsarbeitsamtes, des Arbeitsamtes oder der Landeszentralbehörde ist die Arbeitskammer verpflichtet, Gutachten über wirtschaftliche und soziale Fragen abzugeben. Sie kann aus ihrer Mitte Ausschüsse bilden, welche das ihrer Beratung unterbreitete Material vorbereiten. Sobald es sich hierbei um Fragen handelt, welche die Interessen beider Teile berühren, müssen die Ausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertretern der Betriebsleiter und der von ihnen gegen Entgelt beschäftigten Personen zusammengesetzt sein. Den Vorsitz in diesen Ausschüssen führt ein Mitglied des Arbeitsamtes.“

Mit Recht sagt Schmidt, „daß alle diese Aufgaben mehr im Interesse der Arbeiter liegen als in dem der Unternehmer. Es werden sich mithin bei der Verwirklichung beide Ansichten schroff gegenüberstellen, und der Vorstehende wird in solchen Fällen den Entscheid geben müssen. Wenn der Vorstehende ein sozialpolitisch verständiger Mann ist, kann die Arbeitskammer eine fruchtbare Tätigkeit entfalten; im anderen Falle ist sie zur Untätigkeit verdammt und kann sehr leicht Gutachten in einseitiger, den Arbeitern nachteiliger Weise abgeben, die dann mit dem schönen Namen „Gutachten einer Arbeitskammer“ geziert werden.“

Wie unmöglich ein solches Verhältnis für die organisierten Arbeiter ist, dafür ein Schulbeispiel. In Bremen beabsichtigte die Behörde für Krankenversicherung, den ortsüblichen Tagelohn für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen von 3,50 resp. 2 Mark auf 3,20 resp. 1,80 Mark herabzusetzen, und sie holte darüber bei der Handels- und Gewerbe-

beim Gewerbegericht Gutachten ein. Die Handels- und Gewerbeämter gaben ihr Gutachten in einem der Herabsetzung zustimmenden Sinne ab. Von den Gewerbegerichtsbeisitzern gaben die Arbeitnehmer ein ablehnendes, die Arbeitgeber ein zustimmendes Gutachten ab. Wie wenig Bedeutung hatte hier das Votum der Arbeitervertreter: nicht allein wurde es durch das Gegenvotum der Unternehmervertreter aufgewogen, auch die in arbeiterfeindlichem Sinne lautenden Gutachten der Handels- und Gewerbeämter wirkten durch ihre Einseitigkeit viel überzeugender, als das sich widersprechende und deshalb unmögliche Gutachten des Gewerbegerichts. Die Folge war die gesetzgeberische Durchführung der den Arbeitern schädlichen Herabsetzung des ortsüblichen Tagelohns.

Die Situation wäre für die Arbeiterschaft die gleiche gewesen, wenn sie ihre Ansicht durch das Gutachten einer Arbeitskammer hätte zum Ausdruck bringen können. Auch da hätten sich die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter gegenübergestellt und sie wären, günstigenfalls, durch zwei gesonderte, sich gegenüberstehende und sich deshalb gegenseitig aufwiegende Gutachten zum Ausdruck gekommen, und der äußere Eindruck wäre der gleiche, den Arbeitern wenig günstige gewesen. Nicht daß wir der Meinung sind, daß die den Arbeitern schädliche Maßnahme bei Abgabe eines Gutachtens durch eine Arbeiterkammer unterblieben wäre, das Interesse der Arbeiterschaft wäre aber durch ein solches besser gewahrt worden.

Wir pflichten auch Schmidt darin bei, daß einer Arbeiterkammer sehr gut die Leitung und Kontrolle der Durchführung bau- und bergpolizeilicher Vorschriften, wie die gesamte Fabrik- und Gewerbeaufsicht übertragen werden kann, daß ihr ähnliche Befugnisse übertragen werden können, wie sie in § 94 c der Gewerbeordnung den Innungen und Handwerkskammern übertragen sind; ja, daß sie die eigentliche Instanz wäre zur Regelung des Lehrlingswesens. Alle diese Funktionen wären überhaupt nur von einer Interessenvertretung der Arbeiterschaft sachgemäß zu erfüllen, die auf der Grundlage reiner Arbeiterkammern aufgebaut ist.

Im übrigen stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, selbst wenn es Schwierigkeiten machen sollte, den Arbeiterkammern solche Kompetenzen einzuräumen, wir dennoch nur für Arbeiterkammern sein könnten. „Denn lieber noch eine Arbeiterkammer mit beschränkter Kompetenz, als eine Arbeitskammer, der trotz des großen Arbeitsfeldes doch jede Möglichkeit mangelt, die Interessen der Arbeiterschaft ohne jeden Rückhalt vertreten zu können.“

In dieser unserer Meinung kann uns auch die Tatsache nicht wankend machen, daß auch die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ für reine Arbeiterkammern eingetreten ist. Sie kommt zu dieser Befürwortung, weil sie hofft, Arbeiterkammern würden durch die Einseitigkeit ihrer Beschlüsse der Bedeutungslosigkeit verfallen. Uns kann es gleich sein, ob die Arbeitgeberzeitung solche Hoffnungen hegt. Für uns liegt aber keinerlei Veranlassung vor, ihr auf ihren Wegen zu folgen. Wenn die — doch gewiß einseitig zusammengesetzten — Landwirtschafts-, Handels-, Gewerbe- und Handwerkerkammern trotz ihrer Einseitigkeit an Bedeutung nicht einbüßten, im Gegenteil sich in den letzten Jahren immer größere Bedeutung errangen, so liegt für uns keinerlei Veranlassung vor, einer einseitigen Arbeitervertretung eine weniger wirksame Einflußnahme zu prophezeien. Im übrigen wissen wir ja, daß das Ansehen der Interessenvertretung der Arbeiterschaft doch nur abhängig ist von den Arbeiterorganisationen, die hinter ihnen stehen. Und unsere Gewerkschaften werden schon dafür sorgen, daß die Arbeiterkammern beachtet und gehört werden.

Wir müssen also immer wieder betonen, daß wir nur Arbeiterkammern fordern können, an Arbeitskammern haben wir kein Interesse.

Zu wünschen wäre, daß der nächste Gewerkschaftskongress zu dieser Frage unzweideutig Stellung nähme. Die Generalkommission hat das ja, wie aus dem Schmidtschen Artikel hervorgeht, bereits getan; sie hat sich ebenfalls für Arbeiterkammern entschieden. Notwendig wäre aber eine Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses, um über unsere Wünsche

und über die Taktik zur Durchführung derselben volle Klarheit zu schaffen.

Die Hamburger Bürgerschaft hat einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung von Arbeiterkammern mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Bremer Bürgerschaft hat einen von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag, den Senat zu ersuchen, den Bevollmächtigten Bremens im Bundesrat für schleunige Einbringung eines Gesetzesentwurfes über Errichtung von Arbeiterkammern einzutreten, mit 44 gegen 31 Stimmen angenommen. Wir werden die Verhandlungen darüber noch näher würdigen.

## Das deutsche Proletariat im Kampfe mit Klassenstaat, Klassenmoral und Klassenjustiz.

(Auch ein Rückblick auf das Jahr 1904.)

2.

— I. In einer Gesellschaft wie der heutigen, die von Klasseninteressen zerklüftet ist und die deshalb ihren sichtbaren Ausdruck im Klassenstaat findet, entwickelt sich naturgemäß auch eine Klassenmoral. Was der Angehörige der einen Klasse für gut und berechtigt erklärt, verurteilt der Angehörige einer anderen Klasse in Grund und Boden; die Mittel, die der eine im Kampfe anwendet, bezeichnet der andere als unrecht und frivol.

Man spricht so gern von einem gerechten, vernünftigen, anständigen Arbeitslohn, der dem Arbeiter eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz ermöglicht. Leider schwanken diese Begriffe auf dem Boden der Klassenmoral hin und her. Es gibt Leute, die es für anständig erklären, den Arbeitslohn auf ein niedriges Niveau herabzudrücken und den Arbeiter mit Schundlöhnen abzuspiesen, die es vernünftig nennen, daß der Unternehmer für wenig Lohn aus dem Arbeiter möglichst viel herauszupressen sucht, die es als gerecht bezeichnen, daß der Unternehmer den Löwenanteil des Arbeitsertrags für sich in Anspruch nimmt und dem Arbeiter ein paar Brocken zuwirft. Es sind das dieselben Leute, die da verwundert fragen: „Ja, wollen denn die Arbeiter jeden Tag Fleisch essen?“ und sich über den Luxus der Arbeiterfrauen des Saarreviers aufhalten, weil diese Sonntags weiße Zwirnhandschuhe tragen; dieselben sind es, die da behaupten: „Die Arbeiter haben bei dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte ihren reichlich bemessenen Anteil bekommen. Der Kleinmeister steht heute schon stöhnend unter der Fuchtel seiner Arbeiter, denen es wirtschaftlich besser geht als den Unternehmern. Wie diesen, so geht es auch den Beamten, die schlechter stehen als die Arbeiter, die durchschnittlich 7 bis 9 Mark Tagelohn verdienen. In den breiten Schichten des Mittelstandes, die halb soviel verdienen wie ihre Arbeiter, bricht die Erkenntnis durch, daß sie wirtschaftlich gegenüber den Arbeitern benachteiligt sind. Der Arbeiter ist der feine Mann, der Unternehmer mag sehen, wie er durchkommt.“ (Worte der „Hamburger Nachrichten“.)

Diesem Unsinne gegenüber behauptet der Arbeiter sein gutes Recht auf eine anständige Entlohnung; er nennt das auf Lohndrückerei und Verflavung gerichtete Streben des Kapitalismus ungerecht, unvernünftig und unanständig; ungerecht deshalb, weil es dem Prinzip einer sozialen Gerechtigkeit widerspricht, aus der Haut anderer Leute Kleider zu schneiden und sein eigenes Wohlbestehen auf das Elend der Ausgebeuteten aufzubauen, unvernünftig deshalb, weil es dem Prinzip einer gesunden Sozialpolitik widerspricht, die Kaufkraft der großen Masse herabzudrücken und letztere dadurch von jedem Fortschritt auszuschließen; unanständig deshalb, weil es dem Prinzip der Humanität widerspricht, die Ausbeutungsschraube immer schärfer anzudrehen, um auf Kosten fleißiger Bienen ein Drogenleben zu führen.

Entsprechend der Moral der bestehenden Klasse nennt ein kapitalistisch verfeuchter Mensch die berechtigten Ansprüche der Arbeiter an eine Erhöhung ihrer Lebenshaltung unverschämte Forderungen. Bekanntlich wird es jedem anderen Menschen zur Ehre angerechnet, wenn er nach einer Verbesserung seiner Lebenslage strebt — man nennt ihn dann einen „strebenden Menschen“. So strebt der Beamte nach einem höheren Einkommen, der Kaufmann nach höherem Gewinn, der Handwerksmeister nach mehr Verdienst, der Landmann nach höheren Erträgen und selbst der König von Preußen hat vor einigen Jahren eine Erhöhung seines Einkommens um mehrere Millionen Mark beantragt und durchgeführt, weil er erklärte, daß er mit dem Einkommen, das sein Großvater gehabt habe, nicht mehr auskommen könne. Alle diejenigen, die ein höheres Einkommen erstreben, begründen dies mit den gesteigerten Ansprüchen, die das moderne Leben an den Menschen stellt. Wenn dies aber zutrifft und wenn die Ansprüche aller anderen Gesellschaftsschichten auf eine Verbesserung ihrer Existenz für berechtigt erklärt werden, wie kommt es dann, daß man dieses selbe Streben, falls es von den Arbeitern ausgeht, mit dem Namen Unverschämtheit belegt?

Aber nicht nur die Bestrebungen der Arbeiterklasse, sondern auch die zu ihrer Durchführung angewendeten Mittel erscheinen im Spiegel der kapitalistischen Klassenmoral in einer ganz eigenartigen Beleuchtung. Da stoßen wir zunächst auf den „Terrorismus der Gewerkschaften“. Wenn ein organisierter Arbeiter seinen noch abseits stehenden Kollegen auffordert, der Allgemeinheit gegenüber seine Pflicht zu tun und der Organisation beizutreten, und wenn er dann,

falls alle Mittel der Überredung vergeblich geblieben sind, mit einem solchen Kollegen nichts mehr zu tun haben will, so ist das „ein verabscheuungswürdiger Terrorismus“, wenn aber ein Unternehmerartell unter dem Motto: „Schonung kennen wir nicht und Pardon wird nicht gegeben!“ einen abseits stehenden Unternehmer bis aufs Blut drangsaliert und geschäftlich ruiniert, um ihn zum Beitritt zu zwingen, so geschieht dies „im wohlverstandenen geschäftlichen Interesse“. Wenn eine Gewerkschaft sich bemüht, den unorganisierten Arbeitern das Gewissen zu schärfen und sie auf die schlimmen Folgen ihrer Gleichgültigkeit hinzuweisen, so ist das eine „Freiheitsbeschränkung und Knechtschaft sondergleichen“, wenn aber ein Unternehmer oder eine Unternehmervereinigung ihre Arbeiter mit der Hungerpeitsche aus der Organisation her austreibt und dadurch die Koalitionsfreiheit mit Füßen tritt, so macht sie von ihrem „guten Rechte“ Gebrauch. Wenn eine Arbeiterorganisation von ihren Mitgliedern Disziplin fordert, so übt sie eine „Schreckensherrschaft“ aus und macht die Organisation zu einem „Grab der persönlichen Freiheit“, tut eine Unternehmerorganisation dasselbe, so nennt man das eine „selbstverständliche Forderung“.

Ebenso liegt es mit dem „frivolen Streik“, hinter dem die Hydra der Revolution lauert“. Als während der verflochtenen Hamburger Aussperrung im Brauereigewerbe auswärtige Brauereien Bier nach Hamburg lieferten, schrieb die „Tageszeitung für Brauereien“, das Organ der Brauereibesitzer, in heller Entrüstung: „Einzig und allein der Umstand, daß sich leider Gottes wie anderwärts, so auch in unserem Gewerbe immer noch gewissenlose, profitstüchtige Elemente finden, die sich nicht scheuen, ihren Kollegen in dem Kampfe, den sie für das ganze deutsche Brauergewerbe auszusuchen haben, schmächtig in den Rücken zu fallen, ist schuld daran, wenn solch unerhörte Vergewaltigung, wie wir sie in diesen Tagen in Hamburg erleben müssen, überhaupt möglich ist. Solchen „Kollegen“ muß in voller Offenheit die Maske heruntergerissen werden und der Krieg von allen anständigen Brauern Deutschlands erklärt werden. Leute dieser Art kann man aber wirksam nur da treffen, wo ihr eigentliches Herz sitzt, nämlich am Geldbeutel. Wenn diese Elemente sich so weit entwürden, als Überläufer den Feinden bei der Bekämpfung von Brauereien durch den Boykott als Helfershelfer zu dienen, so haben auch die von diesem Kampfe mittelbar oder unmittelbar in Mitleidenschaft gezogenen Brauereien ohne weiteres das Notrecht der Wiedervergeltung. Unanständige Leute kann man bekanntlich nicht mit Schlaßhandschuhen anfassen. Hier heißt es: drauf und dran und ihnen die Rundschaft mit allen Mitteln entziehen! Anders können diese Elemente nicht unschädlich gemacht werden, als indem man sie durch Entziehung ihres Abjages aus dem Gewerbe ausscheidet. Hierzu darf kein Mittel zu teuer sein.“ Die „gewissenlosen, profitstüchtigen Elemente“ aus der Arbeiterklasse, die um schnellen Gewinn willen ihren Kollegen schmächtig in den Rücken fallen und zum Verräter werden an den Interessen ihrer streikenden Kollegen rühmt diese selbe Zeitung als „fleißige Arbeiter, sorgende Familienväter und brave Staatsbürger“. Wenn ein Arbeiterverein seinen Mitgliedern strengsten Verbot mit den „arbeitswilligen“ Kollegen aus strengster Unterlage, so tut er dies „zur Wahrung der Standesehre und des Standesbewußtseins“, und kein Staatsanwalt regt einen Finger, um diese Verrückterklärung zu ahnden; würde eine Gewerkschaft einen gleichen Beschluß fassen, so wäre der Staatsanwalt schnell bei der Hand.

Auch der „frivole Boykott“ spielt in den Augen eines Angehörigen der kapitalistischen Klassenmoral eine eigenartige Rolle. Wenn die Mittelstandsreiter rufen: „Kauft bei keinem Juden! Kauft in keinem Konsumverein oder Warenhause!“ so ist dies „ein berechtigtes Kampfmittel“, um den notleidenden Mittelstand zu heben; wenn die Militärbehörde den Soldaten den Besuch dieser oder jener Wirtschaft verbietet, so tut sie dies „im Interesse der militärischen Disziplin“; wenn ein Kriegerverein einen Wirt boykottiert, bei dem Sozialdemokraten verkehren, so geschieht dies unter der Devise: „Mit Gott für König und Vaterland!“, wenn Stumm oder ein anderer Kapitalproh seinen Arbeitern vorschreibt, welche Zeitung sie lesen, welche Wirtschaft sie besuchen und welchem Vereine sie angehören dürfen, so nennt man dies „ein patriarchalisches Verhältnis“, wenn aber eine Arbeiterkommission die Arbeiter und Arbeiterfrauen auffordert, nur Bier von denjenigen Brauereien zu trinken oder Brot von denjenigen Bäckermeistern zu kaufen, die das Koalitionsrecht anerkennen und ihren Arbeitern wenigstens halbwegs anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, so wird dies als grober Unfug, als Erpressung und todwürdiges Verbrechen bezeichnet, und die sittlich Entrüsteten rufen nach dem Staatsanwalt und dem Polizeifnüttel.

Noch in vielen anderen Beziehungen entfernt sich die kapitalistische Moral von dem, was den Grundsätzen einer Sozialmoral entspricht: erstere ist zugespitzt auf das egoistische Geldsachinteresse, letztere hat das Allgemeininteresse und das Wohl des gesamten Volkes zur Grundlage und Voraussetzung. Da nun der Emanzipationskampf des Proletariats die Hebung der großen Masse zum Ziele hat, so entspricht er seinem inneren Wesen nach den Gesetzen der Sozialmoral. Und das Proletariat wird nicht ruhen und rasten, bis die kapitalistische Klassenmoral durch eine wahre Sozialmoral verdrängt und ersetzt worden ist.

## Ämtliche und gewerkschaftliche Streikstatistik.

Als feinerzeit das Reichsstatistische Amt vom Reichsamt des Innern den Auftrag erhielt, eine ämtliche Statistik der Streiks zu führen, da dachte man bei den leitenden Männern daran, aus dieser ämtlichen Streikstatistik eine Kriminalstatistik zu machen, die sich gegen die Arbeiterorganisationen verwenden ließe und aus der sich die Unterlagen für eine neue Zuchthausvorlage gewinnen ließe, das hatte man sich fein ausgedacht, aber der feine Plan ist zu Wasser geworden, die ämtliche Streikstatistik bietet ein klägliches Bild der Unzuverlässigkeit und Unvollkommenheit.

Schon für die Jahre 1901 und 1902 hat die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften nachgewiesen, daß in der ämtlichen Streikstatistik etwa ein Viertel der stattgefundenen Streiks nicht verzeichnet war. Man bedenke, dem Reichsstatistischen Amt stehen für seine Erhebungen alle staatlichen Hilfsmittel zur Verfügung und dennoch ein solch mangelhaftes Ergebnis! Aber natürlich, man beauftragt mit den Erhebungen die unteren Polizeiorgane, die häufig ohne jedes Verständnis und ohne jedes Interesse das Material zusammentragen, das die Grundlage für die ämtliche Streikstatistik bilden soll. Ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen wird es nie und nimmer gelingen, eine brauchbare ämtliche Streikstatistik zu schaffen. Unsere gewerkschaftlichen Arbeiterverbände aber werden, so sehr sie an einer guten, zuverlässigen Streikstatistik interessiert sind, wenig Lust haben, den Behörden Material in die Hand zu geben, aus welchem diese den Strick drehen sollen für die Erdoesselung der wenigen Arbeiterrechte, vor allem des ohnehin kümmerlichen Koalitionsrechts. Will man also einmal eine wirklich brauchbare ämtliche Streikstatistik schaffen, so muß ein Systemwechsel eintreten, die Absicht, das durch die Statistik gewonnene Material gegen die Arbeiter und deren Organisationen zu verwenden, muß verschwinden.

Die Unzuverlässigkeit der ämtlichen Streikstatistik ergibt sich auch wieder aus der Gegenüberstellung der ämtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistik für das Jahr 1903, die in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes der Generalkommission publiziert ist.

Auch im Jahre 1903 haben die Behörden es nicht fertig gebracht, alle Streiks festzustellen. Die Zahl der in der ämtlichen Statistik nicht registrierten Streiks ist für 1903 sogar noch erheblich größer als in den Vorjahren. 387 Streiks mit 8120 Beteiligten fehlen in der ämtlichen Statistik für 1903. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um bedeutungslose Lohnkämpfe, nein, es fehlt beispielsweise ein Streik der Hafenarbeiter mit 144 Beteiligten, ein Streik der Steinarbeiter mit 85 Beteiligten usw.

Die ämtliche Statistik zählt in den Jahren 1901, 1902 und 1903 insgesamt 3721 Arbeitskonflikte mit 255945 Beteiligten, die gewerkschaftliche 2870 mit 225820 Beteiligten. Die ämtliche Statistik verzeichnete 861 Streiks, aber nur 30125 Beteiligte mehr als die gewerkschaftliche Statistik. Die größere Zahl der in der ämtlichen Statistik geführten Streiks ist einerseits darauf zurückzuführen, daß in der gewerkschaftlichen Streikstatistik die von unorganisierten oder anderen Organisationen angehörigen Arbeitern geführten Streiks fehlen. Die Generalkommission mußte sich bei ihren Erhebungen auf die Gewerkschaften beschränken. Aber die größere Zahl der in der ämtlichen Statistik geführten Streiks hat auch noch einen anderen Grund. Vielfach wurde aus einem von den Arbeitern einheitlich begonnenen Streik, der sich auf mehrere Betriebe erstreckte, eine ganze Reihe einzelner Arbeitseinstellungen gemacht. So sind aus dem im Jahre 1903 in Riemscheid stattgefundenen Maurerstreik in der ämtlichen Statistik nicht weniger als 15 Streiks geworden! Dann aber werden in der ämtlichen Statistik auch noch Streiks gezählt, bei denen nach den Feststellungen der gewerkschaftlichen Statistik nur eine Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung vorhanden war. Die ämtliche Statistik zählt also Streiks, die gar nicht stattfanden! Wo blieb denn da die vielberühmte ämtliche Genauigkeit! Fürwahr, der „Prozentsatz“ hat recht, indem er die ämtliche Streikstatistik als ein „statistisches Monstrum“ bezeichnet.

Hochinteressant an der ämtlichen Streikstatistik sind die Angaben über die Zahl der Kontraktbrüchigen. Zwar wußte man an ämtlicher Stelle und gibt dies auch unumwunden zu, daß die „Angaben der Ortspolizeibehörden nach irgend einer Richtung hin Anlaß zu Bedenken zu geben schienen“, aber trotzdem operiert die ämtliche Statistik mit den Zahlen, die auf den bedenklichen Angaben der Ortspolizeibehörden beruhen! Auf dieser schwankenden Grundlage wird die Zahl der Kontraktbrüchigen für 1903 auf 18988 gleich 22,2 Prozent der Streikenden angegeben. Zweimal schon hat die Generalkommission den Nachweis erbracht, daß diesen Angaben gar kein Wert beizumessen ist.

Im vorigen Jahre hat die Generalkommission nachgewiesen, daß von 4582 angeblich Kontraktbrüchigen, für welche ein Vergleich zwischen der ämtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik möglich war, 1998 in Akford arbeiteten und keine Kündigungsfrist hatten, und ferner 2786 an Abwehrstreiks beteiligt waren, bei denen die Unternehmer (!), nicht die Arbeiter, den Kontrakt gebrochen haben.

Von der ämtlichen Statistik läßt sich in dieser Beziehung sagen, daß sie die Absicht sehr deutlich verrät, daß sie aber ganz und gar nicht dazu angetan ist, zu verstimmen. Mit einem Material, das vom kaiserlichen Statistischen Amte selber als unzuverlässig preisgegeben werden muß, läßt sich auch beim besten Willen nichts beweisen, am allerwenigsten die Notwendigkeit einer Verschärfung der Gesetzgebung gegen kontraktbrüchige Arbeiter.

Noch schärfer weht uns der Geist der Zuchthausvorlage entgegen, wenn wir die kriminelle Seite der ämtlichen Streikstatistik einer Betrachtung unterziehen. Im Jahre 1903 habe die Streikbewegung, insoweit die besonderen Streiks in Frage kommen, in 235 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft und 368mal zur Inanspruchnahme der Polizeibehörden geführt. Soll das etwas beweisen? Vielleicht die Notwendigkeit einer neuen Zuchthausvorlage? Unmöglich: In Preußen-Deutschland kommen Polizei und Staatsanwaltschaft auch ohne Zuchthausvorlage aus. Das zeigen die drakonischen Urteile, die gegen Streiksünder gefällt wurden.

Andererseits hätten sich aber die ämtlichen Streikstatistiker nicht nachsagen lassen sollen, daß sie mit der Zahl der

Fälle operieren, in denen Polizei und Staatsanwalt angerufen wurden, während sie zugeben müssen, nicht zu wissen, in wie vielen Fällen die Angeklagten freigesprochen oder die polizeilichen Strafmandate aufgehoben wurden. Die amtlichen Streifenstatistiker befinden sich in der bejammernswerten Situation, etwas beweisen zu sollen, was sie schlechterdings nicht beweisen können. Ihnen wie dem reichsstatistischen Amt kann man ja keinen Vorwurf daraus machen, daß das so und nicht anders ist, und daß damit für die organisierte Arbeiterschaft es zur Unmöglichkeit gemacht wird, an der Ausgestaltung dieser Statistik mitzuarbeiten. Der Vorwurf trifft die Reichsregierung, die gegenüber dem Unternehmertum nicht einmal soviel Rückgrat zu zeigen wagt, um sich selbst vor der Blamage eines solchen statistischen Monstrums zu bewahren, als das sich die im Geiste der Sachhausvorlage geführte amtliche Streifenstatistik darbietet.

### Unterhandlungen wegen Aufhebung der Ausperrung in Berlin.

r. L. Das Berliner Gewerbegericht hat die Vertreter des Holzarbeiterverbandes sowie der Arbeitgeberorganisationen zu einer Besprechung eingeladen, die zur Aufnahme der Einigungsverhandlungen führten. Noch vor den Weihnachtstagen kam eine Aussprache über die Bedingungen, unter denen der Kampf beigelegt werden kann, zustande. In den beiden letzten Wochen des verfloffenen Jahres fanden vier, je fast einen Tag andauernde Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt. Nebenher haben noch besondere Besprechungen zwischen den Bautischlermeistern und den Kollegen der Baubranche sowie den Fabrikanten der Ladenbranche und ihren Arbeitern stattgefunden. Die Verhandlungen sind aber noch nicht soweit gediehen, daß den Parteien bestimmte Einigungsvorschläge zur Abstimmung vorgelegt werden können. Die Hoffnung vieler, die hervorragend am Kampfe teilgenommen sind, daß zum Jahreschluß eine Einigung stattfinden und die Arbeit zu Beginn des neuen Jahres aufgenommen werden kann, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Am ersten Tage der Verhandlungen haben sich die Vertreter größtenteils über die Ursachen des Kampfes ausgesprochen, was aber zur Klärung der Situation unbedingt notwendig ist.

Aber die Lohnsicherung respektive Lohnarbeit bei neuen Mustern ist es bereits zu einer Verständigung gekommen. Auch die Arbeitsnachfrage hat wohl eine für beide Parteien befriedigende Lösung gefunden. Nicht so leicht ist es, einen Vertrag zustande zu bringen, nach welchem für eine bestimmte Zeit neue Kämpfe zu vermeiden sind. Einen solchen Vertrag wollen die Arbeitgeber durchaus abschließen. Sie machen die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig. Nun ist es ja auch unsere Absicht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verträge mit den Unternehmern zu regeln. Die Abschließung solcher Verträge gehört sogar zu den Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation. Wie die Kollegen anderer Jahreshellen bei ihren Forderungen jedesmal einen Vertrag für längere Zeit fordern, so wollten auch die Berliner Kollegen die Arbeitsbedingungen vertraglich festlegen. Diese Bestrebungen scheiterten aber immer an dem ablehnenden Verhalten der Meister.

Nun kommen uns die Meister selbst mit dem Vorschlag eines Vertrags entgegen. Aber trotz unseres Wunsches, Verträge zustande zu bringen, stellen sich uns so große Hindernisse entgegen, daß es erst einer längeren Arbeit bedarf, diesem Ziele näher zu kommen. Schwer ist es schon deshalb, die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen Vertrag festzulegen, weil es sich nicht um einen Lohnkampf handelt. Die „Fachzeitung der Tischlermeister“ erkennt das auch an. Sie schreibt in ihrer Nummer 51 vom 18. Dezember 1904, daß ein Tarifvertrag nur einen Kampf beenden kann, in dem es sich um eine Erhöhung der Löhne handelt. Es wird also notwendig sein, daß die Meister für diejenigen Betriebe, in denen die Löhne und Akkordpreise nicht zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt sind, Konzessionen machen, auch wenn diese Arbeiter noch keine bestimmten Forderungen formuliert haben. Die jetzt von den Meistern herbeigewünschte Einigung haben sie sich selbst durch ihre ungeschickte Taktik erschwert. Die Forderung unserer Kollegen in einigen Werkstätten, bei neuen Mustern im Lohn arbeiten zu lassen oder im Durchschnittsverdienst, haben sie stets als undurchführbar erklärt. Sie behaupteten, die Bewilligung dieser Forderungen führe den Ruin des Berliner Tischlergewerbes herbei. Dadurch haben es sich die Führer der Unternehmerorganisation selbst schwer gemacht, nun mit Einigungsvorschlägen vor die Meister hintreten zu können und eine Einigung über die Lohnsicherung durchzusetzen. Wenn auch die Meister die Lohnsicherung bei neuen Mustern als undurchführbar bezeichneten, so mußten sie aber bei den Verhandlungen selbst zugeben, daß eine andere Regelung der Preise für die neuen Arbeiten nicht gut möglich ist. Mit der Forderung der Lohnsicherung bei neuen Mustern wollten die Arbeiter verhindern, daß sie bei falscher Kalkulation der Preise mit einem geringeren Verdienst wie bisher nach Hause gehen müssen. Zuerst hatten die Kollegen in den acht streikenden Betrieben gefordert, daß die neuen Muster im Lohn gemacht werden sollen. Weil die Meister diese Forderung als unannehmbar bezeichneten und lieber auf eine Lohnsicherung eingehen wollten, wurde die Forderung durch einen Beschluß der Vertrauensmännerversammlung dahin umgeändert, daß 95 Prozent des bisher verdienten Durchschnittslohns bei Anfertigung neuer Muster gezahlt werden sollen. Es war also den Kollegen gleich, wie die Bestimmungen lauten, durch welche der Preis für die neuen Arbeiten bestimmt wird. Es ist ihnen nur darum zu tun, ihren bisherigen Verdienst zu erhalten. Deshalb werden die Kollegen mit der vorgeschlagenen Abmachung vor dem Gewerbegericht, die diese Differenz regeln soll, durchaus einverstanden sein. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die Akkordpreise von neuen Arbeiten werden im Verhältnis zu den bereits bestehenden Akkorden festgesetzt, falls sich die neuen Arbeiten mit den bereits ausgeführten Arbeiten vergleichen lassen. — Wenn sich neue Arbeiten nicht mit bereits verarbeiteten vergleichen lassen und wenn über den Akkordpreis eine Einigung unter Hinzuziehung des Fabrik-

oder sonst geeigneter Arbeiter der betreffenden Werkstatt nicht zu erzielen ist, so können diese Arbeiten in Lohn ausgeführt werden oder die Festsetzung des Akkordpreises muß durch die Schlichtungskommission erfolgen.

Bis zur Entscheidung der Schlichtungskommission muß in Zeitlohn gearbeitet werden.

Wenn der Arbeiter bei Ausführung der neuen Arbeit in Akkord auf Grund der Festsetzung der Schlichtungskommission einen Minderverdienst gegen seinen bisherigen Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate erzielt hat, so steht ihm das Recht zu, eine Nachprüfung des Akkordes durch die Schlichtungskommission zu verlangen und muß ihm bei nachträglicher Gewährung eines höheren Akkordpreises die Differenz nachgezahlt werden. — Ebenso steht dem Arbeitgeber das Recht zu, für spätere Akkorde derselben neuen Arbeit eine Nachprüfung des Akkordpreises durch die Schlichtungskommission zu verlangen.

Werden die Einigungsvorschläge angenommen, so kommt diese Bestimmung für sämtliche Betriebe zur Geltung und nicht, wie leicht angenommen werden könnte, nur für die acht streikenden Firmen, wegen denen es zur Ausperrung gekommen ist. Die Unternehmer haben damit mehr bewilligt, als wie mit der geforderten Lohnsicherung von 95 Prozent verlangt worden ist. Dem Arbeiter wäre damit der volle Verdienst gesichert, den er in den letzten sechs Monaten erzielt hat. Die Nachprüfung schützt ihn gegen eine falsche Preisfestsetzung durch die Schlichtungskommission. Das Nachprüfungsrecht, das der Meister beanspruchen kann, ist deshalb beigelegt worden, damit der Einwand der Unternehmer widerlegt wird, daß sich einzelne Gesellen absichtlich lange bei der neuen Arbeit aufhalten, um sie recht teuer zu machen. Der Arbeiter soll selbstverständlich nichts herauszahlen, sondern diese Nachprüfung soll nur zulässig sein für spätere Arbeiten dieser neuen Muster; dagegen muß dem Gesellen der Betrag nachgezahlt werden, wenn er bei dem durch die Schlichtungskommission normierten Preise weniger verdient hat, als sein Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate betrug und die Schlichtungskommission eine Nachprüfung vornimmt. Selbstverständlich steht es jedem Meister frei, nicht die Schlichtungskommission in seinen Betrieb kommen zu lassen; er muß dann die neue Arbeit in Lohn machen lassen, sobald er sich mit seinen Arbeitern nicht einigen kann. Wichtig ist auch die Anerkennung des Fabrikationschusses und der Vertrauensleute. Die Kollegen würden also das erreicht haben, was sie mit der Forderung der Lohnsicherung einführen wollten, nämlich die Sicherstellung gegen eine Herabsetzung des Verdienstes bei Einführung neuer Muster.

Wit der Errichtung einer Schlichtungskommission hatten sich die Berliner Kollegen schon vor längerer Zeit einverstanden erklärt. Es war auch schon eine Geschäftsordnung dieser Schlichtungskommission vorhanden; diese befindet sich abgedruckt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 18. Mai 1904. Diese Schlichtungskommission sollte nach dem Beschluß einer Gesamtvertrauensmännerversammlung erst dann ins Leben treten, wenn die Meister ihren Arbeitsnachweis schließen und der Errichtung eines paritätischen Instituts zustimmen. Die Meister haben nun auch dieses zugestanden, so daß der Einsetzung einer Schlichtungskommission nichts im Wege stehen würde.

Um die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises kämpfen die Berliner Kollegen volle drei Jahre. Der Kampf hat bedeutende Opfer erfordert. Es mußten nicht nur große Summen zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen aufgebracht werden, sondern die größten Opfer mußten die Kollegen bringen, die während dieser Zeit wiederholt von Arbeitslosigkeit betroffen wurden und die sich strikte nach den Beschlüssen der Organisation gerichtet haben. Sie mußten bei verhältnismäßig geringer Unterstützung viele Wochen warten, bis sie durch den Verbandsnachweis vermittelt werden konnten. Der Zustand während des Kampfes war so, daß sich auf dem Nachweis des Verbandes die arbeitsfindenden Gesellen befanden und auf dem Nachweis der Innung die offenen Stellen, die nicht besetzt werden konnten. Diese Kollegen werden es mit Freuden begrüßen, daß diesem Zustand durch einen paritätischen Nachweis ein Ende gemacht wird. Die Kollegen, die sich selbst durch Umschauen und spannen Arbeit gesucht haben, die werden sich vielleicht in ihrer Freiheit behindert fühlen. Sie sollen aber ja nicht ihre Stimme gegen den paritätischen Nachweis erheben, es wird ihnen heimgeleuchtet werden, denn sie haben uns ja gerade im Kampfe um den Nachweis durch ihr Umschauen am meisten geschadet. Zur Benutzung des Nachweises soll niemand gezwungen werden. Der Zeitpunkt der Eröffnung eines solchen Nachweises würde der Juli 1905 sein können.

Diese in Aussicht gestellten Zugeständnisse sind aber nicht anerkannt, es haben noch nicht einmal Abstimmungen der Meister wie der Gesellen über die Annahme derselben stattgefunden. Es sind noch nicht einmal die Verhandlungen abgeschlossen, so daß man immer noch nicht voraussagen kann, ob der Kampf jetzt sein Ende erreichen wird. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen ebenso scheitern, wie vor zwei Jahren im Kampfe um den Arbeitsnachweis. Die Meister machen die Wiederaufnahme der Arbeit vom Zustandekommen eines zweijährigen Vertrages, einer Einigung über die Forderungen der Bautischler und von der Regelung aller bestehenden Differenzen abhängig. Der Abschluß eines Vertrages wird um so schwerer sein, je geringer der Zugeständnisse der Meister sind. Würden die Meister erklären, daß sie die Arbeitszeit jährlich um eine Stunde verkürzen wollen, so daß in fünf Jahren der Achtstundentag eintritt und bezüglich der Löhne und Akkordpreise in ähnlicher Weise eine geringfügige Steigerung eintreten soll, dann würde es eine Kleinigkeit sein, einen Vertrag nicht nur für zwei Jahre, sondern für die doppelte Zeit vereinbaren zu können. Aber die Verhältnisse liegen anders. Die Berliner Meister sind nicht so einischtsvoll. Unsere Kollegen kann man es aber auch nicht verdenken, wenn sie nicht ohne eine Lohnaufbesserung in die Betriebe hinein wollen, nachdem sie ohne Grund ein Vierteljahr ausgesperrt worden sind. Die lange Dauer des Kampfes hat die Kollegen sehr erbittert, so daß sie äußerst mißtrauisch geworden sind. Sie werden alle Einigungsvorschläge leider nicht mit höherer Überlegung prüfen, sondern sie lassen sich dann bei den Beratungen und Abstimmungen nur von ihrem Gefühl, ihrer augenblicklichen Stimmung leiten. Wir wollen hoffen, daß es den Vertretern unserer Kollegen gelingen wird, die Zahlung eines höheren Kostgeldes und die Aufbesserung der Preise in den Werkstätten mit niedrigen Tarifen durchzusetzen.

Solange bis wir an dieser Stelle nicht über eine Beendigung des Kampfes in Berlin berichtet haben, ist der Zugang noch fernzuhalten. Der Beschluß der Unternehmer, weiter auszusperrn, hat immer noch Gültigkeit. Täglich haben sich immer noch einige Ausgesperrte gemeldet. Sogar am Sonnabend vor Weihnachten haben mehrere Meister den Rest ihrer Gesellen ausgesperrt. Am Kopfe der Fachzeitung steht noch nach wie vor die Aufforderung, keine neuen Gesellen einzustellen. Noch ist der Kampf nicht beendet. Die Streikenden und Ausgesperrten haben ihren Kampfesmut trotzdem nicht eingebüßt. Sie werden auch weiter aushalten, wenn auch jetzt noch keine Einigung stattfinden sollte.

Die Situation hat sich in den letzten acht Tagen, seit vorstehendes geschrieben wurde, nur wenig verändert. Die Einigungsverhandlungen sind am Mittwoch den 4. Januar auf Dienstag den 10. Januar vertagt worden, um so Zeit zu gewinnen zur Beilegung strittiger Differenzen in einzelnen Betrieben. Wie die Situation liegt, so kann auf baldige Beilegung der Differenzen und eines den Arbeitern annehmbaren Tarifvertrages gehofft werden. Vorläufig aber ist Zugang nach Berlin noch fernzuhalten.

### Lohnbewegung der Berliner Klavierarbeiter.

Das Jahr 1905 hat begonnen, und noch hat der Kampf, den die Berliner Klavierarbeiter seit dem 8. Oktober des verfloffenen Jahres führen, ein Ende nicht erreicht. Noch immer weigern sich über dreißig Fabrikanten, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, so daß sich noch reichlich 400 Arbeiter im Streik befinden. Dieselben denken aber trotz der langen Dauer des Kampfes nicht daran, in diesen Betrieben die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, nachdem in annähernd zwei Dritteln der Fabriken, die sich an der Bewegung beteiligten, zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Es werden in diesen Fabriken jetzt circa 1400 Arbeiter beschäftigt.

Seitens der Unternehmerorgane versucht man es ja allerdings so hinzustellen, als sei in vielen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß etwas bewilligt worden sei; und hierbei soll es sich um eine Anzahl Fabrikanten handeln, die der „Freien Vereinigung der Berliner Pianofabrikanten“ angehören. Jedoch hat ja die Streikleitung die Namen der Firmen im „Vorwärts“ veröffentlicht, die ihren Arbeitern die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt haben. Wenn nun einer der Fabrikanten zu Unrecht in dieser Liste verzeichnet war, so konnte doch derselbe auf Grund des Pressegesetzes eine Berichtigung verlangen. Das Unternehmertum hätte sich gewiß die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Streikleitung samt dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ auf solche Weise als Lügner hinzustellen. Man unterließ dies jedoch wohlweislich. Eines der Pressorgane des Unternehmertums nur äußerte dazu, es genüge, wenn die Mitglieder der Fabrikantenvereinigung die Erklärung abgegeben hätten, auf keinen Fall etwas zu bewilligen.

Immerhin beunruhigte die Bekanntgabe dieser Liste die Fabrikanten, so daß man mehrmals den Versuch machte, ohne aber Beweise anzuführen, die Angaben der Streikleitung als unwahr hinzustellen. Die „Deutsche Instrumentenbauzeitung“ behauptete sogar in einer ihrer letzten Nummern, die Arbeiter hätten in mehreren obengenannten Betrieben die schriftliche Erklärung abgegeben, daß eine Bewilligung nicht stattgefunden hätte. Wir bezeichnen eine solche Behauptung als frechen Schwindel und fordern die „Deutsche Instrumentenbauzeitung“ auf, die Namen solcher angeblichen Firmen zu nennen.

Daß die bestreikten Fabrikanten alle Hebel in Bewegung setzen, um Ersatz für die Streikenden zu erhalten, haben wir schon mitgeteilt. Mit welcher Skrupellosigkeit dabei einzelne Firmen Arbeitswillige von außerhalb anzuloden versuchen, zeigt folgender Fall: In Breslauer Tagesblättern werden Tischler auf Abputzen und Polieren nach Berlin gesucht, wobei nachweislich ein Verdienst von 27 bis 40 Mark pro Woche zu verdienen sei. Durch die Expedition der bestreikten Zeitungen erfahren die Arbeitsfindenden, daß es die Pianofabrik von Rösener ist, welche diese Leute verlangt. Schon mehrmals haben die Ausständigen solche Kollegen, die von Schlesien auf dieses Inserat nach Berlin gekommen waren und sich nicht vorher darüber informiert hatten, daß bei Rösener gestreikt wird, wieder abgeschoben. Nun hatte vor Weihnachten ein jüngerer Kollege aus Oberschlesien bei der Firma Rösener angefangen. Derselbe glaubte, wenn er als Bautischler in Oberschlesien 28 Mark pro Woche verdient hatte, dann könne er bei Rösener mit Leichtigkeit 85 bis 40 Mark verdienen. Er war jedoch nicht wenig verblüfft, als er am heiligen Abend für die von ihm in einer Woche geleistete Arbeit sage und schreibe 10 Mark erhielt. Nach den Feiertagen wollte der Betreffende die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Es gelang ihm aber erst nach einigen Schwierigkeiten, seine Papiere zurückzuerhalten. Die streikenden Arbeiter der Firma Rösener, mit denen sich der betreffende Kollege in Verbindung gesetzt hatte, sammelten unter sich für ihn, damit er die während seines Aufenthaltes in Berlin gemachten Schulden bezahlen konnte. Nachdem er auch das Reisegeld erhalten hatte, fuhr er, um eine Erfahrung reicher, nach seiner Heimat zurück.

Wir weisen darauf hin, und wie es aus dem oben Mitgeteilten schon hervorgeht, ist es auf eine arge Täuschung der auf ein solches Inserat reflektierenden Arbeitslosen abgesehen, wenn die Firma Rösener einen nachweislich zu erzielenden Verdienst von 27 bis 40 Mark pro Woche verspricht. Der durchschnittliche Wochenverdienst der circa 80 Streikenden von Rösener, die dort vorher jahrelang beschäftigt und gut eingearbeitet waren, hat noch nicht einmal 27 Mark betragen. Und dann besitzt man die Unverfrorenheit, Leuten gegenüber, die eine solche Arbeit noch nicht gemacht haben, von einem „nachweislich zu erzielenden Verdienst von 27 bis 40 Mark“ zu sprechen.

### Soziales.

#### Die Verteuerung der Lebensmittel seit 1900.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ hat unter Zugrundelegung der niedrigsten Markthallenpreise mit einem durch die

statistische Erfahrung als notwendig erwiesenen Aufschlage festgestellt, daß nach dem Durchschnitt dieser Preise für die Städte Berlin, Chemnitz, Danzig, Dresden, Leipzig, München und Stuttgart die Haushaltungskosten für eine vierköpfige Arbeiterfamilie von 1900 zu 1904 um 44,10 Mark gestiegen sind. Zwei Kinder sind dabei gleich einem Erwachsenen gerechnet. Dabei ist die Verpflegungsration eines deutschen Marinefeldaten als Maßstab genommen worden.

Nach diesem Maßstab ergibt sich aber, daß die Ernährungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie = drei Erwachsenen betragen:

	1900	1901	1902	1903	1904
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	21,98
pro Jahr	1082,88	1069,12	1077,44	1099,80	1106,29

Die meisten Arbeiter werden aus dieser Ausstellung ersehen, daß sie viel schlechter leben müssen als die deutschen Marinefeldaten.

**Auch eine Folge der Scharfmacherei.**

Daß auch die Scharfmacherei ihre zwei Seiten hat, neben der angenehmen eine den Scharfmachern sehr unangenehme, hat sich schon bei der großen Crimmitschauer Aus-sperrung vor einem Jahre gezeigt. Den Arbeitern sollte sie empfindlich schaden, und wenn das zum Teil auch erreicht worden ist, so hat den größten Schaden von der Aus-sperrung doch das für dieselbe verantwortliche Unternehmertum gehabt. Das ist später in dem Bericht der Crimmitschauer Handelskammer ausdrücklich anerkannt, wie aus nachstehendem zu ersehen:

„Die Folgen dieses Ausstandes waren,“ heißt es in dem genannten Bericht, „für die Crimmitschauer Industrie in Tuchen und Buckflin außerordentlich unheilvolle. Bedeutet schon der Produktionsausfall für die Fabrikanten, der Lohnausfall für die Arbeiter einen schweren Verlust, so kommt noch hinzu, daß der Stillstand der Betriebe Schäden für die Maschinen und Zinsverluste mit sich brachte; vor allem aber hat auch die bestehende Ungewißheit über den Ausgang und die Dauer des Streiks eine große Unsicherheit in der Musterung einerseits und in der Verforgung mit den Rohstoffen andererseits hervorgebracht, die weitere Schädigungen nach sich zog, und so ist nicht nur die Winter-saison 1903/04, sondern zum Teil auch die Sommer-saison 1904 verloren gegangen, und manche Nachwehen des Streiks werden sich auch für die kommende Winter-saison noch geltend machen. Immerhin ist aber trotz des Einbringens der Konkurrenz, namentlich der Werbauer, zum Teil auch der Kirchberger von den sächsischen Textilbetrieben, sodann aber der Lausitzer und rheinländischen, besonders der Aachener Industrie, in den Kundentkreis der Crimmitschauer Weberei Aussicht vorhanden, daß es dieser dank ihrer Konzentration, bei welcher gewöhnlich Färberei, Spinnerei und Appretur in einem Betrieb vereinigt sind, aber auch dank der in Crimmitschau auch in anderer Zeit durchgeführten scharfen Preisberechnung, welche die Gründung von Konkurrenzunternehmen wenig nützlich erscheinend läßt, gelingen wird, ihren Absatz wieder voll zu erobern und damit wenigstens für die Zukunft Schädigungen zu vermeiden.“

Die Verluste, welche dieser Streik der Crimmitschauer Spinnerei geschlagen hat, sind ganz bedeutend, nicht allein infolge des Stillstandes der Betriebe und der damit verbundenen direkten Schäden, sondern auch infolge der während des Streiks bestehenden Ungewißheit über dessen Dauer, welche einen Teil der Fabrikanten in der Hoffnung auf einen Rückgang der Baumwollpreise veranlaßte, ihre Verträge über Baumwolllieferungen mit einem kleinen Aufschlag den unbeteiligten (meist Werbauer) Fabrikanten abzutreten und andererseits in die Vorbereitung für die nächste Saison eine gewisse Unsicherheit hineintrug. Außerdem hatte auch die zum Teil mangelhafte Beschaffenheit der von ungeübten Arbeitern von Oktober an hergestellten Garne Reklamationen seitens der Abnehmer zur Folge, welche ebenfalls Verluste mit sich brachten. Noch bedeutsamer ist, daß infolge des während des Ausstandes eintretenden Garman-ganges die Einrichtung von Konkurrenzunternehmen geplant und auch begonnen wurde, insbesondere in der Rheinprovinz, in Geisenkirchen und München-Glabbech, wo im Laufe dieses Jahres neue große Wigognespinnereien errichtet wurden.“

Ähnliche trübe Erfahrungen haben im Sommer des Jahres die Hamburger Brauereien mit ihrer Herausforderung der organisierten Arbeiter-schaft gemacht. Ihre Absicht war, den Organisationen der Brauereiarbeiter-schaft eine entscheidende Niederlage beizubringen. Das wurde ebenfalls nicht erreicht; durch den als Abwehrmaßregel der Gewerkschaften auf den Scharfmachereistreich notwendigen Bierboykott sind den Brauereibesitzern aber schwere Mackenschläge versetzt worden, was aus dem Geschäftsbericht zweier Brauereien hervorgeht. Die Avaria-Brauerei hat eine Verminderung des Bierumsatzes um 12 Prozent erfahren, und statt daß die Aktionäre derselben, wie erhofft, einen Profit in Form recht hoher Dividenden einheimsten, schließt das Geschäft mit einer Unterbilanz von 8000 Mk. ab. Die Aktionäre einer anderen Brauerei, die sonst hohe Dividenden verteilte, müssen sich dieses Jahr mit wesentlich geringeren Dividenden begnügen.

So ist doch dafür gesorgt, daß auch die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen. Die Unternehmer sind bekanntlich am empfindlichsten getroffen, wenn sie am Geldbeutel getroffen werden. Je öfter die Scharfmacher Aus-sperrungen provozieren, um so mehr werden sie an ihrem Profit Schaden leiden, und um so früher werden sie von ihrer Taktik des Niedertrippelns der Arbeiterschaft ablassen.

Diese Mahnung dürfte auch für die Scharfmacher der Berliner Holzindustrie gegeben sein. Auch für sie dürfte der alte Spruch noch Geltung haben: Durch Schaden wird man klug.

**Die Heimarbeitsausstellung.**

die auf dem im März in Berlin abgehaltenen Heimarbeiterschutzkongress angeregt wurde, soll möglichst im Herbst dieses Jahres in Berlin eröffnet werden. Wie der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ aus Berlin geschrieben wird, haben in den letzten Tagen des alten Jahres im hiesigen Gewerkschaftshaus Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und

bürgerlichen Sozialpolitikern stattgefunden, die den Vorarbeiten dieser Ausstellung gewidmet waren. Es wurde beschlossen, ein Kuratorium zu bilden, dem je ein Vertreter der 19 beteiligten Zentralverbände und eine Anzahl bürgerlicher Sozialpolitikern angehören sollen. Die Ausstellung soll möglichst später auch nach anderen Orten verlegt werden.

**Ein Reichsarbeitsamt in Sicht?**

Aber eine Erweiterung der arbeitsstatistischen Abteilung des kaiserlich statistischen Amtes wird dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ berichtet: Die Abteilung soll einen eigenen Direktor in der Person des bisher am Reichsversicherungsamt tätig gewesenen Senatspräsidenten Dr. Zacher erhalten. Auch ist eine Vermehrung der höheren Beamten der Abteilung um zwei Referenten und einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, sowie eine Verstärkung des Beamtenpersonals vorgesehen. Herr Zacher war ehemals, unter dem Sozialistengefähr, als Polizeidirektor in Magdeburg tätig, als welcher er sich durch eine gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Schrift einen Namen machte. Später wandte er sich dem Studium der Sozialpolitik zu und gab das Werk über die Arbeiterversicherung im Ausland heraus. Ob seine Berufung dem künftigen Reichsarbeitsamt zum Segen gereicht, muß die Zukunft lehren.

**Konkurrenten der Arbeitersekretariate.**

Der Magistrat zu Magdeburg plant die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle für Fragen des öffentlichen Rechtes, namentlich der Arbeiterschutz- und Versicherungs-gesetze. Außerdem hat, wie die „Magdeburger Zeitung“ kürzlich mitteilte, die Vereinigung der dortigen Rechtsanwälte vor kurzem den Beschluß gefaßt, ihrerseits eine gleiche Auskunftsstelle für Fragen des Privatrechtes zu errichten und die nötigen Vorarbeiten einer Kommission übertragen, die einer alsbald einzuberufenden neuen Versammlung bestimmte Vorschläge unterbreiten soll. Diese Auskunftsstelle der Anwälte soll bald in Wirksamkeit treten.

Dieses Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und Rechtsanwälten, um ein Institut der Arbeiterschaft, auf das Anwälte gemeinhin sehr schlecht zu sprechen sind, niederzukonkurrieren, wirkt sehr eigentümlich. Es ist geeignet, die Arbeiter von vornherein mit Mißtrauen gegen diese Auskunftsstellen zu erfüllen.

**Eine Bewertung des Arbeiterstandes.**

In Züllichau geht man mit dem Plane um, mehr Industrie nach dem Orte zu ziehen. Im Stadtverordnetenkollegium unterhielt man sich um die Bewilligung einer Summe zu diesem Zwecke, als ein Gegner dieser Absicht, ein Justizrat Röber, sich nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu dem Ausdruck verließ: „Es ist keine große Unnehmlichkeit, wenn man fast nur Arbeitern auf der Straße begegnet!“ Der Bürgermeister selbst mußte den Herrn Rechtsbesitzenen auf das Skandalöse seines unverschämten Auspruchs hinweisen, indem er einwendete: „Der Arbeiter ist doch auch ein Mensch!“ Nun, wir meinen, sehr oft ein viel nützlicherer wie ein Justizrat.

Dieser Vorfal ist übrigens ein feines Pendant zu dem Vorkommnis in der Webestadt Crimmitschau, wo ein Stadtverordneter (Fabrikant) einen Antrag stellte, den Arbeiterinnen und Arbeitern, die aus der Fabrik nach Hause gehen, die Benutzung des Trottoirs zu verbieten, da sonst — die Toiletten der Damen der besitzenden Klassen beschmutzt werden könnten.

Solche Vorkommnisse sind ein Beweis für die Unanständigkeit, der die Bourgeoisie fähig ist, und wirken außerordentlich aufklärend und aufreizend.

**Über das deutsche Genossenschaftswesen im Jahre 1903 bringt das „Reichsarbeitsblatt“ eine umfangreiche Zusammenstellung, die sich auf die Jahresberichte der größeren Verbände stützt. Wir geben daraus folgende Zahlen wieder:**

Die Gesamtzahl der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ist von 2317 im Jahre 1867 gestiegen, hat also im Jahre 1903 13655 angenommen, während sie im Jahre 1902 um 1365, 1901 um 1570 und 1900 um 1569 gewachsen war. Scheidet man die Genossenschaften nach dem Gegenstand ihres Unternehmens, so haben den weitaus größten Anteil an der Gesamtzahl die Kreditgenossenschaften mit 14280, demnächst die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften mit 8180, die Konsumvereine mit 1994, die landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften mit 1887 usw. Auch an der Gesamtzunahme des Berichtsjahres waren die Kreditgenossenschaften am stärksten beteiligt, indem ihre Zahl um 875 Genossenschaften gewachsen ist. Konsumvereine sind im Berichtsjahre 174 neu errichtet worden, während 31 sich auflösten. Baugenossenschaften, deren Zahl am 31. März dieses Jahres 550 betrug, sind im Berichtsjahre 66 neu entstanden, während 18 in Liquidation und 1 in Konkurs gerieten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften ist um 162 gestiegen; unter der Gesamtzahl (3130) befanden sich 2839 Molkereigenossenschaften.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat in seinem ersten Geschäftsjahr in den eigenen Geschäften einen Umsatz erzielt von 181786106 Mark, im Lieferantenerwerb 16288069 Mark. Angeschlossen sind diesem Verband 684 Vereine. Die Großhandels-Gesellschaft in Hamburg hatte einen Umsatz von 26,4 Millionen Mark und einen Reingewinn von 115815 Mark.

Die freie Arztwahl in Berlin hat eine große und entscheidende Niederlage erlitten. Wie der Vorsitzende des Vereins der freigeählten Kassenärzte in einer Mitglieder-versammlung mitteilte, bleiben seit 1. Januar 1905 nur noch 88727 Kassenmitglieder in der Behandlung des genannten Vereins, während 167640 frühere Mitglieder sich anderen Arztverbänden angeschlossen haben.

Die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter, die jährlich von der deutschen Landwirtschaft beschäftigt werden, schätzt das „Amtsblatt der pommerischen Landwirtschaftskammer“ auf weit über 300000. 60000 sollen aus Galizien, etwa 250000 Arbeiter zur Erntezeit aus Rußland nach Deutschland strömen. An Slowaken, Ungarn, Böhmern dürften nicht mehr als 10000 in Deutschland Arbeit suchen. Wieviel von ausländischen Wanderarbeitern in der Industrie beschäftigt sind, sagt eine neue Nationalitätenstatistik aus dem Ruhrrevier. Unter den zwei Duzend „fremden Jungen“ sind das polnische Idiom mit

60000, das masurenische mit 25000, das italienische mit etwa 15000 vertreten. In den neu erschlossenen Bergbaubezirken des nördlichen Ruhrreviers übersteigt sogar die fremdländische Bevölkerung die einheimische.

Wozu die Lehrlinge gut genug sind, bezw. mißbraucht werden, das hat ein Herr Dr. Mühlberg, Mitbesitzer einer Buchdruckerei in Ulm, in geradezu zynischer Weise öffentlich ausgeplaudert. Der würdige Herr Doktor schreibt:

„... daß je fester die Sozialdemokratie ihr Haupt erhebt, umso energischer die Arbeitgeber-schaft dafür sorgen muß, daß eine solche Reservearmee von Arbeitern da ist, daß man jeden Augenblick etwaigen streiklustigen Gesellen die Türe weisen kann. Die beste Waffe des Arbeitgebers gegen solche Versuche ist aber eine genügende Anzahl Lehrlinge, und der Arbeitgeber, der sich dieses Instrument in der heutigen Zeit ohne zwingende Not aus den Händen winden läßt, ist ein Schwächling. Wir werden deshalb insoweit so viel als möglich Lehrlinge halten, als die Arbeiterschaft die Arbeitgeber zu unterdrücken sucht.“

Und angesichts einer derartigen Arbeit haben die Blätter aller „Ordnungsparteien“ und ganz besonders auch die Organe der verschiedenen Innungen und Handwerkskammern noch den Mut, sich über die in Berlin geschaffene Lehrlingsorganisation aufzuregen.

**Kinderschutz auf dem Papier.** Die Hamburger Detailistenkammer beschloß, eine Eingabe an die Polizeibehörde zu richten, wonach die Ausnahmebestimmung des § 8, Abs. 2 des Kinderschutzgesetzes, die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre mit Ausstragen von Zeitungen, Milch und Backwaren, von morgens 6 1/2 Uhr an und vor dem Vormittagsunterricht, auch für das Jahr 1905 zu gestatten. Es ist wohl kaum zu zweifeln, daß diese Ausnahme auf ein weiteres Jahr genehmigt wird, und zeigt auf's neue, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht ernstlich den Schutz der Arbeiter — im vorliegenden Falle der Kinder — im Auge hat. Einmal müssen diese Ausnahmebestimmungen doch aufhören, oder sollen sie, von Jahr zu Jahr verlängert, dazu dienen, ein erlassenes Gesetz zu umgehen?

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Der Zahlstelle Groß-Ottersleben wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar einen Lokalbeitrag von 5 Pfennig pro Woche neben dem Verbandsbeitrag zu erheben.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiederwahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzug dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt zu betrachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Adressänderungen auf den Verbandsplakaten können gummierte Zettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden.

Auf die in voriger Nummer erfolgte Anschreibung der Stelle eines Hilfsarbeiters im Verbandsbureau machen wir hiermit nochmals aufmerksam und ersuchen, Bewerbungen bis spätestens 23. Januar an uns einzureichen.

Zwecks Verbreitung eines zur Agitation unter den Pantinenmachern bestimmten Flugblattes ersuchen wir die Verwaltungen derjenigen Zahlstellen, in denen Angehörige dieser Branche beschäftigt sind, um die Zahl derselben, resp. der beständigen Kolonnen, in nächster Zeit mitzuteilen. Auch bitten wir, uns etwaige Adressen von Pantinenmachern an Nichtverbandsorten anzugeben.

Bezüglich der auf den 19. Februar nach Magdeburg einberufenen Konferenz der Korbmacher erinnern wir daran, daß Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zu den Delegationskosten bis spätestens 15. Januar an uns einzureichen sind. Im übrigen verweisen wir auf die in Nr. 51 v. J. abgedruckte Einladung zu dieser Konferenz, mit dem Hinzufügen, daß nähere Mitteilungen über den Beginn der Verhandlungen usw. noch erfolgen werden.

Um sowohl bei der Berufszählung der Mitglieder als auch bei der Zusammenstellung der Unterstützungsempfänger und allen sonstigen Statistiken eine größere Spezialisierung der Branchen, wie sie immer wieder aus den Mitglieder-treibern gewünscht worden ist, zu ermöglichen, ersuchen wir die Zahlstellenkassierer und sonstigen Funktionäre, fortan in allen Formularen (Mitgliedsbuch, Reiselegitimation, Arbeitslosen- und anderen Unterstützungsquittungen usw.) nicht mehr nur den Hauptberuf des Mitglieds (Tischler, Drechsler usw.), sondern möglichst die Spezialbranche (Klaviermacher, Polterer, Stuhlbauer, Medeltischler, Stockarbeiter, Kammacher usw.) anzugeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 19034 Gustav Müller, Tischler, geb. 23. 4. 76 zu Storkow.
- 41877 Josef Rosenbaum, Tischler, geb. 4. 4. 79 zu Müggastten.
- 41748 Wilhelm Bargmann, Modeltischler, geb. 6. 7. 80 zu Gülkistadt.
- 79768 Johann Michelic, Schreiner, geb. 15. 12. 76 zu Richtenwald.
- 88048 Paul Wuffack, Schreiner, geb. 25. 9. 78 zu Spremberg.
- 128829 Gustav Lingner, Korbmacher, geb. 20. 2. 76 zu Düben.
- 164574 Hermann Peters, Tischler, geb. 10. 12. 77 zu Neudorf.
- 178992 Wilhelm Janz, Tischler, geb. 5. 9. 72 zu Neudorf.

Arbeitslosigkeit im Monat Dezember 1904.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and Monat. Rows list various regions like Danzig, Breslau, etc., and monthly data for 1904.

179820 Johann Plümer, Tischler, geb. 10. 1. 84 zu Rodwinkel. 187578 Reinhold Gacke, Tischler, geb. 28. 2. 85 zu Steingrund. 188284 Friedrich Uhlitt, Tischler, geb. 12. 9. 87 zu Hannover.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände.

Vorort Nürnberg. Die Adresse des Gauvorsitzenden Stein ist seit 1. Januar Untere Kreuzgasse 31 I. Ich möchte die Kollegen ersuchen, hiervon Notiz zu nehmen.

Vorort Dresden. An die Zahlstellenverwaltungen des nunmehrigen 5. Gaues ist am Jahreschluss 1904 ein Zirkular zur Verfertigung gelangt, wir erinnern hierdurch nochmals, daß der beigefügte Jahresfragebogen spätestens den 15. Januar d. J. zurückzusenden ist.

Der Gauvorstand. J. M.: Otto Gerlitze.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Saan (Rheinland). Die Mitglieder unserer Zahlstelle scheinen ihren Winterchlaf beginnen zu wollen, anders ist der schlechte Besuch unserer letzten Versammlungen nicht zu erklären. Kollegen, das muß anders werden!

Die nächste Versammlung findet Samstag den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Thelen, Friedrichstraße, statt.

Luckenwalde. Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Luckenwalde, fühlt sich verpflichtet, die falschen Angaben in dem Artikel auf Seite 885 in Nr. 51 der 'Fachzeitung' richtigzustellen.

Auf diesen Vorschlag konnten wir nicht eingehen und stellten wir nunmehr eine Forderung, welche wie folgt lautet: Im ersten Jahre 5 Prozent und im zweiten weitere 5 Prozent; im dritten Jahre sollte eine weitere Lohnerhöhung nicht eintreten.

10 Prozent, sondern diese Erhöhung soll sich auf drei Jahre verteilen.

Wie steht es nun mit der Aufbesserung im Jahre 1908, von welcher der Artikelschreiber behauptet, daß sie 15 Prozent betragen habe? Den Tischlergesellen wurde ein neuer Lohnstarif vorgelegt, welcher auf mehrere Stücke einen Abzug enthielt.

Gläubt nun vielleicht der kaufmännisch veranlagte Herr, welcher nichts von dem Tischlerhandwerk versteht, daß die 15 Prozent, welche die Meister von durchschnittlich 88 Prozent abgelassen haben, ein Geschenk an uns bedeuten?

Unsere Meister in Luckenwalde sind bestrebt, durch unrichtige Darstellung der Verhältnisse fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir bitten jedoch unsere Kollegen, die Zahlstelle Luckenwalde zu meiden, bis wir den Sieg davongetragen haben.

München. In einer am 26. Dezember im Kolosseum tagenden öffentlichen Maschinenarbeiter- und Sägereiverammlung referierte Kollege Josef Spiegl-Stuttgart über das Thema: 'Wie schützen sich die Maschinenarbeiter und Säger vor Nachtteil und Gefahr?'

Die nächsten Schritte sind unter vielen anderen besonders erwähnenswert: mangelnde Schutzvorrichtungen, Behinderung an der Arbeit durch zu nahe Schichten des Holzes an die Maschinen, und Anhäufung von Abfällen an denselben; ungenügende Heizung der Maschinenräume während der kalten Jahreszeit; die Einrichtungen von ungelerten oder nichtständigen Arbeitern an Maschinen; ungenügendes Licht; verdorbene Luft; Akkordarbeit an den Maschinen; Verichtung von Kehlarbeiten an Abriechmaschinen.

Berufsgenossenschaften Arbeiterassistenten angestellt werden sollen, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen mit den Arbeitsmethoden und den sich dabei ergebenden Gefahren vertraut sind, und erblickt in der Schaffung von Arbeitskammern von Seiten der Gesetzgebung ein anzustrebendes Ziel, da hierdurch den Arbeitern die Mitwirkung an der Durchführung der Arbeiterversicherungs-gesetze gewährleistet wird.

Nürnberg. Bei der Firma Schuckert werden Modell-schreiner gesucht. Seit längerer Zeit ist es der Meister Groth (welcher von Berlin nach Nürnberg ver-setzt worden ist), der den Schreimern auffällig ist und sie bei jeder Gelegenheit schikaniert.

S. A.: Die Verwaltung der Zahlstelle Nürnberg, Schwabach. In Schwand fand am 29. Dezember eine Fabrikversammlung der bei Brunner beschäftigten Schreiner statt, zu der Gauvorsitzender Stein, wie der Sägewerksbesitzer Brunner und dessen Prokurist Wetthof erschienen waren.

Das fehlende Werkzeug soll angeschafft werden. Das waren die Zugeländnisse des Herrn Brunner. Aber in bezug der Reinlichkeit im Logis geriet Brunner aus dem Häuschen und erklärte dem Schreiner, der das Logiswesen bloßstellte, daß er sofort aufhören könne, er zahle ihm 5 Mark extra, wenn er anderen Tages gehe.

Die nächsten Schritte sind unter vielen anderen besonders erwähnenswert: mangelnde Schutzvorrichtungen, Behinderung an der Arbeit durch zu nahe Schichten des Holzes an die Maschinen, und Anhäufung von Abfällen an denselben; ungenügende Heizung der Maschinenräume während der kalten Jahreszeit; die Einrichtungen von ungelerten oder nichtständigen Arbeitern an Maschinen; ungenügendes Licht; verdorbene Luft; Akkordarbeit an den Maschinen; Verichtung von Kehlarbeiten an Abriechmaschinen.

Feilenroda. Der vom letzten Streik her rühmlichst bekannte Möbelfabrikant G d w i n M e s s ist kürzlich 'Fürstlicher Hoflieferant' geworden. Wer aber annimmt, daß ein so neugeborener Hoflieferant auch seine Arbeiter gerecht und anständig behandelt, befindet sich auf dem Holzwege.

wohl eine Fabrikordnung da ist, welche die Bestimmung enthält, daß zu Anfang und Ende der Arbeit, sowie zu den Essenspausen ein Zeichen gegeben werden soll, ist es innerhalb der zwei Jahre, seitdem diese Fabrikordnung besteht, nicht dazu gekommen, daß Herr Weg eine Klingel angeschafft hätte. Bei circa 35 Mann, die in der Fabrik arbeiten, wäre dies dringend am Platze. Aber Herr Weg hat seine Gründe, weshalb er es nicht tut, er kann nämlich die Pünktlichkeit nicht leiden, das heißt nur beim Aufhören von der Arbeit. Bei Beginn derselben steht er schon zehn Minuten vorher zur Beobachtung auf dem Posten. Wehe demjenigen, der erst mit dem Schläge kommt — Mittags und abends aber magt niemand eher das Werkzeug aus der Hand zu legen, bis Herr Weg oder sein Schwiegerohn die Werkstatt verlassen, und dies geschieht stets fünf oder zehn Minuten, ja oft auch eine Viertelstunde später, als die benachbarten Fabriken ihr Zeichen gegeben haben. Frühstücks- und Vesperpause gibt es überhaupt nicht, die Arbeiter müssen ihr Brot bei der Arbeit essen. Als im verflochtenen, besonders heißen Sommer viel Wasser zum Trinken gebraucht wurde, da war dem Herrn Weg auch das zuviel und er rumorte in drastischen Worten darüber, indem er sagte: „Durch die viele Sauferei müssen sie nachher alle Minute auf den Abtritt.“ Dieser Abort wird von den Arbeitern übrigens nur sehr ungern benützt, denn er ist ein förmlicher Glaskasten in der Weise, daß vom Hofe aus jedermann sehen kann, wer darauf sitzt. Außerdem befinden sich zwei Sitze ohne Scheidewand nebeneinander. Es fehlt nur noch, daß der Herr Weg ein dreitantiges Holz als Brille anbringen läßt, wie es jener Fabrikant in der Rheinprovinz vor einigen Jahren getan hat. Sind das nicht idyllische Zustände? Ob Herr Weg deshalb Postlieferant geworden? Oder hat derselbe dies nicht gerade seinen tüchtigen Arbeitern zu verdanken? Leider ist der größte Teil derselben, circa 20 Mann, nicht organisiert, und da ein Teil davon auch noch zehn bis zwanzig Jahre in dieser Werkstatt arbeitet, ist eine förmliche Versumpfung dort eingetreten. Keiner magt dem andern seinen Lohn zu verraten, da sich wahrscheinlich einer vor dem andern schämt. Schließt euch zusammen, geht in eure Organisation, und Herr Weg wird sich hüten, euch weiterhin so unwürdig zu behandeln!

**Sterbetafel.**

- Josef Kettmann**, Schreiner, geb. 17. Juli 1875 zu Gesele, gest. 26. Dezember 1904 zu Düsseldorf.
  - Franz Josef Fahr**, Tischler, geb. 19. März 1867 zu Schönbach, Böhmen, gest. 24. Dezember 1904 zu Auerbach i. W.
  - Albert Fichne**, Stuhlbauer, geb. 5. Juli 1879 zu Holzhausen, gest. 29. Dezember 1904 zu Geringwalde.
  - Karl Behnisch**, Bürstenmacher, geb. 2. Februar 1878 zu Berlin, gest. 28. Dezember 1904 zu Arnstadt.
  - Robert Otto**, Korbmacher, geb. 18. Februar 1870, gest. 2. Januar 1905 zu Brandenburg.
- Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

**Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt.**

- Zugang ist fernzuhalten von:
- Tischlern** nach Altona (Marcus & Brand), Colmar (Mintertrecht), Gbrlich, Berlin und allen Vororten, Osnabrück, München (Wagnersche Normalfensterfabrik), Wien;
  - Kameratistischem** nach Gbrlich, Schmiebeberg, Leipzig (Dresden (Mathias));
  - Drechsler** nach Nürnberg (Gebr. Wolf);
  - Stellmachern** und **Tischlern** nach Dessau (Waggonfabrik), Bremen (Alt-Gebr. „Weser“);
  - Tischlern, Drechslern, Polierern** und **Maschinenarbeitern** nach Barth a. d. Dillsee, Adlershof (Luh), Großbrühdorf (Tischfabrik Herm. Menzel);
  - Tischlern, Drechslern** und **Maschinenarbeitern** nach Gbpenick (Gebr. Krüger & Co.);
  - Tischlern, Polierern** und **Maschinenarbeitern** nach Luckenwalde, Frankfurt a. M. (Dr. Krügener);
  - Modelltischlern** nach Frankental (Kühnle, Kopp und Kaufsch), Eisenach (Fahrzeugfabrik);
  - Korbmachern** nach Logstedt (Kawath), Stubben (Ziegert), Selbstedt (Schröder, Mich, Ullerman), Mersenburg (Oskar Sonntag);
  - Musikinstrumentenarbeitern** nach Berlin, Plegnitz (Freitag), Osnabrück (Hawi), Helmstedt (Schwiegershausen & Geier);
  - Bürstenmachern** nach Barth (Sodemann);
  - Stuhlbauern** und **Polierern** nach Leisnig (Zeuner & Marx);
  - Billardqueisermachern** nach Weiskensee bei Berlin;
  - Stuckarbeitern** nach Brüssel (Meuter).

**Achtung Klavierarbeiter!** Der Dresdener Holzindustriellenverband, dem fast sämtliche Dresdener Klavierfabrikanten angehören, haben bekanntlich eine Kontrollstation, genannt Arbeitsnachweis, zu dem offen eingestandenem Zwecke eingerichtet, mißliebige Arbeiter von der Arbeitsvermittlung auszusperrern und damit loszuwerden. Auf Beschluß einer äußerst stark besuchten Holzarbeiterversammlung wurde dieses Maßregelungsinstitut gesperrt und ferner beschlossen, daß die Benutzung dieses Arbeitsnachweises dem Streikbruch gleich bewertet wird. Trotzdem nun die Arbeitslosigkeit in Dresden eine erschreckend große ist, so daß wir im Interesse der reisenden Kollegen aller Branchen diesen nur raten können, Dresden zu meiden, wird die Sperrung des Industriellenachweises erfolgreich durchgeführt. Die Arbeitgeber der Bau- und Möbelbranche haben sich bisher neutral verhalten, dagegen üben die Klavierfabrikanten nunmehr eine Praxis, welche uns zwingt, die Solidarität der deutschen Klavierarbeiter anzurufen. Die hiesigen Klavierfabrikanten werfen die

Dresdener Kollegen auf die Straße und annoncieren in der „Musikinstrumentenzeitung“ und in der auswärtigen Tagespresse nach Arbeitern. Von den Dresdnern wird verlangt, daß sie einen Kontrollschein holen sollen, während die Reisenden dieses nicht brauchen.

Um nun die Klavierfabrikanten zu veranlassen, auch die hiesigen Kollegen ohne Schein einzustellen, ersuchen wir dringend um Solidarität und Arbeitsangebote nach Dresden nicht anzunehmen.

In Bremen sind auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen verlangten eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig und für diejenigen, welche jetzt schon mehr als 40 Pfennig verdienen, von 2 Pfennig pro Stunde. Die Werfleitung will nur 2 resp. 1 Pfennig pro Stunde zulegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Differenzen einen ernsteren Charakter annehmen, weshalb wir um Fernhaltung des Zugangs bitten.

In Dessau sind die Differenzen in der Waggonfabrik noch nicht beigelegt, die Fabrik bemüht sich krampfhaft, Arbeitswillige heranzuziehen, wie ein uns vorliegender Brief zeigt. Unsere Bemühungen müssen demgegenüber darauf gerichtet sein, den Zugang streng fernzuhalten, nur so können wir siegen.

In Gotha in der Waggonfabrik wäre es bald wieder, so kurz nach dem Friedensschluß, zu einem Ausstand gekommen. Die Direktion entließ nämlich einen Kollegen, der sich außerhalb des Betriebs mit einem Arbeitswilligen gerauft hatte. Nur der Besonnenheit unserer Kollegen war es zu danken, daß es nicht wieder zu einem allgemeinen Ausstand kam.

In Vahr sind die Differenzen bei der Firma Wilhelm Ringwald Trampelerstraße (nicht Wilhelm Ringwald, wie irrtümlich berichtet wurde) beigelegt worden. Die Sperre über diesen Betrieb ist somit aufgehoben.

In Ludwigshafen in der Glaseret und Tischlerei Geß & Cie. wurde den dort Beschäftigten Anfang Januar je 2 Pfennig pro Stunde vom Lohn abgezogen. Die Kollegen stellten darum die Arbeit ein und verlangten, daß ihnen der frühere Lohn weiter gezahlt werde. Am 7. Januar fand eine Verhandlung des Kollegen Vorkomitees mit dem Fabrikanten statt, welche damit endete, daß die Lohnreduktion rückgängig gemacht wurde, so daß die Arbeit am 9. Januar wieder aufgenommen werden konnte.

In München befinden sich die Schreiner und Maschinenisten in der Wagnerschen Normalfensterfabrik, wegen Maßregelung des Fabrikantenausschusses und Verschlechterung der Arbeitsordnung im Streit, was wir zu beachten bitten, da die Firma überall Arbeiter zu hohen Löhnen usw. sucht.

In Nürnberg sind bei der Firma Gebr. Wolf, Zelluloidwarenfabrik, sämtliche Drechsler ausgesperrt worden. Im genannten Geschäft wurden immer viele Überstunden gemacht. Dagegen hatten die in letzter Zeit gut organisierten Drechsler wiederholt Stellung genommen. Als sich die Kollegen Anfang voriger Wochen wiederum weigerten, Überstunden zu machen, wurden sie am 5. Januar morgens sämtlich ausgesperrt. Die Firma sucht jetzt Reparatur Schlosser und Eisendreher an Stelle der Drechsler anzuwerben. Es wird gebeten, den Zugang von Drechslern nach genaueter Firma fernzuhalten.

In Osnabrück sind die Differenzen in der Kammfabrik des Herrn Müller durch Vermittlung des Bauvorstehers, Kollegen Bufenbahl, beigelegt worden. Die Sperre über diesen Betrieb ist deshalb aufgehoben worden.

In Osnabrück scheint die Aussperrung größeren Umfang annehmen zu sollen. Bisher sind 79 Kollegen von uns und 17 Kollegen des christlichen Verbandes aus den Werkstellen heraus. In einer sehr stark besuchten Versammlung wurde seitens der Kollegen beschlossen, die Aussperrung mit der Aufforderung von Forderungen zu beantworten. Die Forderungen sind den Arbeitgebern bereits übermittelt. Unsere Kollegen werden den Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Wenn die Arbeitgeber glauben, durch die Aussperrung die Organisation zu vernichten, so wird man wohl zu der Einsicht kommen, daß dieses ein nutzloses Beginnen sein wird. Zugang ist mit allen Mitteln fernzuhalten.

In Wien ist die Aussperrung der Tischler perfekt geworden. Zwar ist sie noch nicht allgemein durchgeführt — die Zahl der Ausgesperrten wird auf 1800 bis 2000 geschätzt — doch ist nicht ausgeschlossen, daß sie in den nächsten Tagen größere Dimensionen annimmt. Die Arbeiter brachten den Arrangements der Aussperrung an mehreren Tagen eine Kassenmusik. Die Polizei unterstützt auch hier, wie in Deutschland es allgemein Brauch, die Scharfmacher. Mehrfach kam es infolge des provokatorischen und gewalttätigen Auftretens der Polizei schon zu Handgreiflichkeiten. Zugang nach Wien ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Eine allgemeine Aussperrung in der norwegischen Holzindustrie war von den norwegischen Holzindustriellen beabsichtigt als Antwort auf einen partiellen Streik in „Snarbens Hobelei“ in der Nähe Christianias. Da es in diesem Betrieb aber zu einer Einigung der Arbeiter mit dem Fabrikanten kam, unterließ schließlich die Aussperrung. Es herrscht gegenwärtig in Norwegen große Arbeitslosigkeit, so daß es die Arbeiter auf eine Kraftprobe nicht ankommen lassen konnten.

**Aus den Berufen der Holzbranche.**

**Jahresbericht des Einigungsamtes für das Holzgewerbe in Düsseldorf für das Jahr 1904.**

Von dem Düsseldorfer Einigungsamt im Holzgewerbe geht uns folgender Jahresbericht für das Jahr 1904 zu: Im abgelaufenen Geschäftsjahre haben im ganzen 9 Sitzungen stattgefunden und zwar 4 ordentliche: am 13. Januar, 6. April, 6. Juli und 5. Oktober; ferner 5 außerordentliche Sitzungen und zwar am 11. März, 8. August, 10. August, 2. Dezember und 22. Dezember. Außerdem fanden eine Reihe von Sitzungen besonderer Ausschüsse statt. In den ordentlichen Sitzungen wurden nur Sachen allgemeiner Natur besprochen. In den durch die Wahl besonderer, aus je drei Vertrauensleuten außerordentlichen Sitzungen wurde verhandelt über Differenzen bei den Firmen: Binzen,

Fuchs, Jensen, Ruhn sowie Weyer. Alle Differenzen wurden vor Ausbruch eines Streiks auf gütlichem Wege erledigt und zwar meist der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen bestehender Ausschüsse. Der Besuch aller Sitzungen war ein reger und stellten die Vertreter, sowohl der beiden Arbeitgeberverbände, wie der drei Arbeitnehmer-Organisationen mit Genugtuung fest, daß durch den gemeinsamen guten Willen, beiderseitiges Entgegenkommen und ruhiges, objektives Verhandeln am besten allen Interessen gedient wird. Hoffentlich wird es auch weiter, insbesondere bei der am 1. Juli 1905 bevorstehenden Erneuerung des zwischen 5 Verbänden abgeschlossenen Arbeitsvertrags gelingen, unter Aufrechterhaltung des Friedens den Interessen der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer gerecht zu werden.

Sehr erwünscht würde es sein, wenn derartige freiwillige Einigungsämter in allen Städten und für alle Gewerbe eingerichtet würden.

Der Vorsitzende: Paul Siebel.

**Die Klebekarte als Kampfmittel gegen kämpfende Holzarbeiter.**

Im „Neuen deutschen Handwerkerblatt“ werden die Tischlermeister ganz Deutschlands aufgefordert, ihre Berliner Kollegen im Kampfe gegen den Terrorismus der Berliner Tischlergesellen zu unterstützen. Es heißt da unter anderem: Der Holzarbeiterverband schiebt bereits alle ledigen Leute von Berlin ab, um seine Kasse zu schonen und den Kampf weiter führen zu können. Diese Leute nicht einzustellen, muß Ehrensache eines jeden anständigen Tischlermeisters sein! Die Invalidentarte ist das beste Erkennungszeichen dieser Leute, man achte nur auf die eingeklebten Marken mit der Schrägschrift „Berlin“.

Die Karte der Invaliditäts- und Altersversicherung ersetzt also die schwarzen Listen! Allerdings kann dieses Mittel mit einiger Aussicht auf Erfolg nur für die aus Berlin kommenden Arbeiter angewandt werden, da sich alle anderen Versicherungsanstalten über einen größeren Bezirk erstrecken, eine Kontrolle also hier schwieriger ist. Aber die Gefahr dieses neuesten Unternehmerkampfmittels ist, selbst wenn sich seine Anwendung auf Berlin beschränken muß, groß genug, um ihr alle Beachtung zu schenken. Möglichenfalls muß diesem neuesten Klebekartenunfug durch eine Änderung der Marken geteuert werden.

Übrigens zeigt sich hier wieder, wie strupplos das Unternehmertum alle Mittel, selbst ungesetzliche, anzuwenden weiß im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft. Und das heulteleiert über Terrorismus der Arbeiter.

**Über gefährvolle Heimarbeit**

schreibt der „Vorwärts“: Wegen der Feuergefährlichkeit des Zelluloid ist vor kurzem eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet worden. Gewiß sind umfassende Maßnahmen für Zelluloidfabriken notwendig; aber nicht minder ist eine scharfe Kontrolle der Heimarbeit angebracht. Hier werden Zelluloidwaren verschiedener Art mit einer Leichtfertigkeit hergestellt, die nicht allein für die mit der Arbeit beschäftigte Familie, sondern für die ganze Hausbewohnerschaft schwere Gefahren in sich birgt. Es wird da geschmiedet, gemalt, gelötet und aufgefetzt unter den ungünstigsten Verhältnissen, die eben die Heimarbeit charakterisieren. Besteht die Wohnung, was ja durchaus nicht immer der Fall ist, aus mehreren Zimmern, so wird das kleinste zum Arbeiten benutzt. Kaum daß es dem Arbeiter möglich ist, in diesem Raume sich ohne Gefahr umzudrehen. Gar oft wird auch die Küche als Arbeitsraum hergerichtet; man arbeitet dann in der Nähe der Kochmaschine, beim Scheine einer auf dem Tische stehenden Petroleumlampe. Wo eine Drehbank gebraucht wird, wie beim Aufsetzen von Zelluloidgriffen auf Schirnmöcke, da hängt die Lampe an einem auf der Drehbank stehenden Leuchterstock; alle Schwanntungen und anderen Bewegungen der Drehbank muß die Lampe mitmachen. Es ist ein Wunder, daß es immer solche Verhältnisse noch nicht zu einem größeren Unglück gekommen ist; bricht aber einmal in einer derartigen Werkstatt Feuer aus, dann wird es keinem möglich sein, sich zu retten. Es ist bekannt, mit welcher Gewalt sich bei brennendem Zelluloid Rauch und Gase entwickeln; wer wirklich von dem rasend schnell um sich greifenden Flammen verschont bleiben sollte, der wird von den Gasen in wenigen Augenblicken betäubt sein. In den Zelluloidfabriken kontrolliert die Polizei ständig und sorgt zumeist dafür, daß Notausgänge hergerichtet und Löschvorrichtungen bereit gehalten werden. Ebenso werden über die Beleuchtung und den Umgang mit Feuer und Licht strenge Vorschriften erlassen; selbstverständlich ist auch das Rauchen in derartigen Arbeitsstätten verboten. Alle diese Schutzmaßnahmen fehlen in der Häuslichkeit der Heimarbeiter und können dort auch gar nicht eingeführt werden. Bis jetzt waren die von der organisierten Arbeiterschaft unternommenen Bemühungen, die Polizei für die geschilderten Gefahren zu interessieren, ohne Erfolg. Und doch muß im Interesse der öffentlichen Sicherheit etwas geschehen. Die einzige Maßnahme von wirklichem Nutzen bleibt allerdings das generelle Verbot, Zelluloidwaren in der Heimarbeit herzustellen zu lassen. Ein solches Verbot ist auch volkswirtschaftlich von Segen, da die Unternehmer, die unter den geschilderten Umständen gemeingefährlicher Natur fabrizieren, als schlimme Preisdrücker den Arbeitern bei der Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen am meisten im Wege sind. Wer allerdings das Warten der Polizei bei Lohnkämpfen beobachtet, mag auf den Gedanken kommen, daß der eben angeführte Grund die Behörde von einem energischen Vorgehen abhält.

**Stadträtlicher Überreifer.** Die Mitglieder der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Burgstädt wollten ein Tanzvergnügen abhalten. Der Rat der Stadt genehmigte aber das Gesuch nicht mit der Begründung, daß man ja bei den öffentlichen Tanzvergnügen in den drei Sälen der Stadt genügend tanzen könne. Wenn nach der Ansicht des Stadtrats für Tanzvergnügen hinreichend gesorgt ist, so muß diese Ansicht natürlich auch für alle bürgerlichen Vereine maßgebend sein.

**Waggonfabrik Ludwigshafen a. Rh. in Liquidation.** In 1903/04 ermäßigte sich der Verlustsaldo von 577.840 auf 527.982 Mark, hauptsächlich durch Verkauf eines Geländes für 47.880 Mark. Das Aktienkapital reduzierte sich von 892.500 auf 671.160 Mark durch Abschreibung der in Gesell-

schäftsbesitz gewesenen 69 Aktien mit 58550 Mark und Rückzahlung auf 987 Aktien mit 167790 Mark. Durch diese Rückzahlung ermäßigte sich auch das Bankguthaben auf 52401 Mark, während die Restausfällige durch die Verkäufe auf 89520 Mark anwachsen. Abzüglich verkaufter 1197 Quadratmeter besitzt die Gesellschaft noch 11110 Quadratmeter Liegenschaften.

**Waggon- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Busch, Hamburg.** Nach dem Geschäftsbericht hat die Gesellschaft im Jahre 1903/04 das Doppelte der Beträge umgesetzt, die im vorigen Jahre zur Ablieferung kamen. Damit gingen eine Vergrößerung der Arbeiterzahl und eine Reihe von maschinellen Neuanschaffungen, insgesamt von 110810 Mark, Hand in Hand. Der Bruttogewinn ist von 221442 auf 572028 Mark gestiegen. Nach 59515 (100644) Mark Abschreibungen und 6098 Mark Rückstellung für diverse dubiose Debitoren wird ein Reingewinn von 56466 Mark ausgewiesen. Infolge einer notwendigen Abschreibung des vom Vorjahr übernommenen Fehlbetrags von 241811 Mark ergibt sich eine Unterbilanz von 850552 Mark. Die Vorräte sind mit 1180782 (i. V. 1012090) Mark bewertet und bei Debitoren standen 687435 (377863) Mark aus, wogegen sich unter den Kreditoren 542279 (847114) Mark Warengläubiger und 598980 (887588) Mark Bankschulden befinden. Für das neue Geschäftsjahr sei ein derartiger Auftragsbestand mit Herübergenommenen worden, daß er zusammen mit den bisher eingelaufenen Bestellungen genügt, um die Werke für die ersten drei Viertel Jahre normal zu beschäftigen. Der Bau von elektrischen Trambahnwagen habe sich zwar bis jetzt in Deutschland nur wenig gehoben; es sei der Gesellschaft jedoch gelungen, günstige Exportaufträge, besonders für Südamerika zu erhalten. Auch die Preise seien günstiger geworden.

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaftliche Fortschritte.

Die enormen Fortschritte, welche die Gewerkschaften im Jahre 1904 gemacht haben, werden von einigen Gewerkschaftsblättern in ihren Jahresrückblicken für ihre Organisationen ziffernmäßig nachgewiesen. So berichtet der „Courier“, daß der Transportarbeiterverband mehr als 40 000 Mitglieder hat (+ 11 000), der Fabrikarbeiterverband hat 53 000 Mitglieder (+ 7000), der Buchbinderverband hat seine Mitgliederzahl um ein Fünftel vermehrt, der Steinseherverband hat die Mitgliederzahl von 6000 überschritten (+ 1000), auch der Porzellanarbeiterverband kann über eine günstige Entwicklung berichten.

Die günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zeigt sich auch in der großen Verbreitung der Gewerkschaftspressen. So schloß die „Metallarbeiter-Zeitung“ das Jahr 1904 mit einer Auflagesziffer von 207 500, die „Holzarbeiter-Zeitung“ von 107 000, die „Bergarbeiter-Zeitung“ von 90 000; die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen dürften entsprechend hoch sein.

Die Agitationsarbeit des Jahres 1904 hat gute Früchte getragen, möge das neue Jahr uns weitere große Fortschritte bringen.

### Die Gewerkschaftsbewegung im Kopfe eines Staatsanwaltes.

Der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Bremerhaven war angeklagt, eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die „zu politischen oder sozialistischen Zwecken“ einberufen war, nicht angemeldet zu haben. Das Schöffengericht und die Strafkammer sprachen ihn und den mitangeklagten Wirt frei, weil sie die Versammlung nicht mit „sozialistischen“, sondern mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt hat. Die Verhandlung vor der Strafkammer erhielt noch eine besondere Würze durch folgendes komische Frage- und Antwortspiel:

Staatsanwalt: Verfolgt der Metallarbeiter-Verband sonst politische Zwecke? — Angeklagter: Nein. — Staatsanwalt: Sind Sie nicht politisch organisiert? — Angeklagter: Es ist selbstredend, daß die einzelnen Mitglieder das Recht haben, sich politisch zu organisieren, wo sie wollen, und das auch tun — der Verband hat damit nichts zu schaffen, er betätigt sich nicht politisch. — Staatsanwalt: Ist nicht die Weisung an die Mitglieder ergangen, Schmalfeldt zu wählen; ich meine etwa von Stuttgart? — Angeklagter: Nein! — Staatsanwalt: Hatte jeder freie Wahl? — Angeklagter: Ja! — Staatsanwalt: Wie? — Angeklagter: Ja!

Die Komik der Situation ist um so packender, als der Staatsanwalt seine Rolle für eine ernsthafte hielt.

### Die Photographie als gewerkschaftliches Kampfmittel.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat sich schon lange der Photographie als gewerkschaftliches Kampfmittel bedient. Wir erinnern nur daran, daß die Bauarbeiter-schutzkommissionen größerer Städte Mißstände auf Bauten erfolgreich bekämpften, indem sie ihre Beschwerden an Baupolizeibehörden über mangelhafte Baugerüste usw. durch Vorlage photographischer Aufnahmen derselben stützten. Ebenfalls hat die Photographie auch in Konflikten organisierter Arbeiter mit der Polizei schon manche Rolle gespielt. Über nicht nur im Freien, auch im geschlossenen Raume kann vielfach die Photographie zur Festhaltung von Mißständen benutzt werden, die oft schnell verschwinden, wenn es ruckbar wird, daß die Behörden mobil gemacht sind. So hatten die Bäcker in Berlin während des Bäckerstreiks ein Kiosett eines Bäckermeisters photographiert, in dem Materialien für den Backbetrieb lagerten. Der Bäckermeister fiel mit seiner Klage vor Gericht glänzend ab, als die treue Photographie gegen ihn ihre zwar unvereidigte, aber deshalb dennoch unzweifelhaft wahre Aussage machte.

**Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.** Was lange befürchtet wurde, ist eingetreten. Den Kohlenbaronen ist es nach monate- und jahrelangen Provokationen gelungen die Bergarbeiter in den Streik zu treiben. Heute, wo wir dieses

schreiben, stehen die Bergarbeiter der Zeche „Bruchstraße“ einmütig im Streik, doch ist nicht abzusehen, ob der Streik nicht allgemein wird, da in Bergarbeiterkreisen eine starke Erbitterung herrscht über all die Bedrückungen und Provokationen, die sie seit Jahren von den Grubenbaronen zu erdulden hatten. Die Verurteilung des Vorgehens der Zechenbesitzer ist denn auch allgemein, die gesamte Presse, von der sozialdemokratischen bis zur konservativen, macht sie für den Streik verantwortlich. Wir werden die Entwicklung der Bewegung stets verfolgen und an dieser Stelle eingehend darüber berichten.

**Tarifvereinbarungen im Malergewerbe.** Zurzeit bestehen in dieser Branche 86 Tarifvereinbarungen. Sowohl die Arbeitszeit wie die Entlohnung ist an den Tarifvertragsorten sehr verschieden; im allgemeinen haben die Maler unter den Branchen des Baugewerbes die kürzeste Arbeitszeit. — Die Generalversammlung des Maler- und Anstreicherverbandes wird vom 14. bis 18. März in Hamburg abgehalten.

**Der Vorstand des Verbandes der Schneider** hat beschlossen, für die Bezirke Mitteldeutschland und Süddeutschland festbesoldete Gauleiter anzustellen. Der Bezirk Mitteldeutschland umfaßt Königreich und Provinz Sachsen, sowie die thüringischen Staaten mit 63 Filialen und 4000 Verbandsmitgliedern. In diesem Bezirk sind noch 9000 Schneider und 8000 Schneiderinnen beschäftigt, die dem Verbands nicht angehören. Der Sitz des Gauleiters ist in Leipzig, für den Bezirk Süddeutschland ist als Sitz Frankfurt a. M. auszuwählen. Dieser umfaßt die Provinz Posen-Flasau, die Großherzogtümer Hessen und Baden, Elsaß-Lothringen, das Königreich Württemberg und die bayerische Pfalz. Es gehören zu ihm 52 Filialen mit 4000 Verbandsangehörigen. Daneben sind noch 7000 männliche und 6000 weibliche Berufsangehörige nicht organisiert.

**Der Verband der Metallarbeiter** hat sein erstes Jahrbuch herausgegeben. Die Entwicklung dieses Verbandes hat so rapide Fortschritte gemacht, wie keine andere gewerkschaftliche Organisation. In dem Jahrbuch sind die Verhältnisse bis Schluß 1903 behandelt.

**August Brust** hat sich wieder mit dem Gewerkschaftschristlicher Bergarbeiter ausgesöhnt. In einer außerordentlichen Vorstandssitzung des Christlichen Gewerkschafts wurde unter folgenden Bedingungen eine „Einigung“ erzielt: Brust verzichtet auf eine Wiederwahl zum Vorsitzenden, bleibt hingegen als Mitarbeiter in der Gewerkschaftsorganisation der christlichen Bergleute tätig. Die Generalversammlung, die Mitte Februar stattfinden sollte, wurde hierdurch hinfällig. Diese „Einigung“ sieht einer Kaltstellung verzwweifelt ähnlich. Im übrigen: „Pact schlägt sich...“

**Der dritte ungarische Gewerkschaftskongress** wurde am ersten und zweiten Weihnachtstage in Budapest abgehalten. 104 Delegierte vertraten 92 Organisationen mit mehr als 50 000 Organisierten. Angesichts der sich immer stärker und fester zusammenschließenden Unternehmerartelle beschloß der Kongress, zur Erhöhung der Widerstandskraft der Gewerkschaften den Zusammenschluß von Arbeiterorganisationen verwandter Berufe zu größeren Verbänden zu fördern. Man will Arbeitslosen- und Reiseunterstützung allgemein einführen usw. In einer Resolution fordert der Kongress Zuweisung der Arbeitsvermittlung an die Gewerkschaften.

**Der belgische Gewerkschaftskongress.** Ebenfalls an den Weihnachtstagen hielt die „Syndicale Commission“, die Zentrale der unabhängigen Gewerkschaften Belgiens, zu Brüssel im Volkshause ihre Jahresversammlung ab. Der Kongress befahte sich eingehend mit der Frage, ob es zweckmäßig sei, einen allgemeinen Widerstandsfonds zur Unterstützung von Lohnkämpfen zu gründen. Ein darauf gerichteter Antrag wurde jedoch abgelehnt. Gutgeheißen wurde dagegen der Gedanke, im Kampfe stehenden Organisationen rentenfreie Darlehen zu gewähren, wie das bereits bei dem letzten Streik der Antwerpener Diamantarbeiter geschehen ist. Um die Grundzüge festzustellen, die für derartige Unterstützungen maßgebend sein sollen, werden umfangreiche Untersuchungen angesetzt. Weiter diskutierten der Kongress über die innere Organisation der Gewerkschaften. Es wurde allgemein anerkannt, daß es zweckmäßig sei, in den Organisationen Unterstützungen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität einzuführen, doch wurde auch hervorgehoben, daß der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen neben der sittlichen Hebung der Arbeiter und ihrer Familien die Hauptsache sei. Diesem Gedanken entsprechende Resolutionen wurden angenommen. Ferner wurden Resolutionen angenommen, die es den Arbeiterorganisationen zur Pflicht machen, für Kenntnis der sozialen Gesetzgebung zu sorgen; außerdem eine Resolution zugunsten staatlicher Arbeiterversicherung. Über das in Gent erprobte System der Arbeitslosenunterstützung wurde besonders diskutiert. Hierzu wurden Resolutionen angenommen, in denen unter anderem erklärt wird: „Das in Gent erprobte System gewährt alle Garantien hinsichtlich der Wirksamkeit und der Kontrolle des Fonds.“ „Der Arbeitslose darf nicht durch das Reglement verpflichtet werden, Arbeit für einen Lohn anzunehmen, der geringer ist als das von seiner Gewerkschaft festgesetzte Minimum, und er darf ebenso wenig verpflichtet werden, die Stelle eines Streikenden zu belegen.“ Zu erwähnen ist noch, daß der Kongress das Statut der „Syndicale Commission“ revidierte.

**Die Fachvereine in Frankreich.** Das Arbeitsamt des Handelsministeriums veröffentlicht die Ermittlungen der französischen Fachvereine, wonach 1904 10087 mit 1637953 Mitgliedern (um 807 mehr als im Vorjahre und 186468 Mitglieder) gezählt wurden. Die Handels- und Industriefachvereine 7326 stark umfaßten 2948 Arbeiter, 4227 Arbeiter- und gemischte Fachvereine, die 236819 beziehungsweise 715876 beziehungsweise 71819 Mitglieder haben. Von den 72004 weiblichen Mitgliedern der Fachvereine sind fünf Sechstel in den Arbeiterorganisationen. Die Mitgliederzahl der landwirtschaftlichen Fachvereine ist von 598834 auf 649514 gestiegen. Die Zahl der Arbeitsbüros stieg seit dem Vorjahre von 94 auf 111 und die diesen angehörenden Arbeiter von 228086 auf 335201, doch gehört kaum die Hälfte der Arbeiterfachvereine den Arbeitsbüros an. Der Pariser Förderations sind von den 111 Arbeitsbüros 100 angeschlossen. Die Arbeitsbüros lieferten 1903 80 000 Arbeitsnachweise und erhalten Subventionen, von den Departements 45 000 Franken, von den Gemeinden 245 000 Franken.

**Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1903.** Nach der jetzt veröffentlichten Übersicht haben die englischen Trades Unions im Jahre 1903 einen weiteren Rückgang an Mitgliedern erfahren. Sie zählten am Ende des Jahres in 1166 Organisationen 1 902 000 Mitglieder, gegen 1 190 mit 1 925 000 Mitgliedern im Vorjahre. Die Ursache dieses Rückganges ist wohl in der wirtschaftlichen Depression zu suchen, die auch im Jahre 1903 in England noch anhielt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften sank ebenfalls, und zwar von 122 210 auf 119 416. Die Vermögensverhältnisse der Trades Unions haben sich auch im Jahre 1903 günstig gestaltet, was die Vermögensübersicht der hundert bedeutendsten Gewerkschaften erweist. Bei einer Gesamteinnahme von 2 073 612 Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 20,40 Mark) und einer Gesamtausgabe von 1 895 015 Pfund Sterling stiegen die Fonds von 4 872 173 Pfund Sterling im Jahre 1902 auf 4 550 775 Pfund Sterling im Jahre 1903. Auf ein Mitglied entfallen demnach mehr als 4 Pfund Sterling Vermögen.

Kartelle von englischen Gewerkschaften (Trade councils) gab es im Jahre 1902 182 mit 818 050 Mitgliedern, zu Ende des Jahres 1903 dagegen 204 mit 839 110 Mitgliedern. Dagegen ging die Zahl der Gewerkschaftsverbände (Federationen), die teils örtliche Vereinigungen der verwandten Berufe einer Industrie sind, teils Gewerkschaften verschiedener Industrien umfassen, von 95 mit 1 808 000 Mitgliedern (1902) auf 90 mit 1 727 000 Mitgliedern zurück. Diese Verbände gehören wiederum verschiedenen Föderationen an; die größte von diesen ist der Gesamtverband der Gewerkschaften (General Federation of Trade Unions), der 1902 414 000 Mitglieder umfaßte, 1903 zirka 408 000.

## Polizeiliches.

**Arbeitswillige können doch nicht ungestraft einen toschweihen!** Wir entnehmen dem „Grundstein“, dem Organ des Maurerverbandes, folgende Verurteilungen von Arbeitswilligen: In Rostock wurde der „arbeitswillige“ Maurer Alwardt zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den streikenden Maurer Dunter überfallen und ihm einen Messerhieb in den Rücken versetzt hatte, als D. und sein Kollege Schulte ahnungslos an der Wohnung Alwardts vorübergingen. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. — Ein Monat Gefängnis wurde dem „arbeitswilligen“ Maurer Wagemann in Rostock zubilligt, weil er eines Mittags den Maurer Gitzmann von hinten überfiel und ihm mehrere Faustschläge ins Genick und Gesicht versetzte. Der Vertreter der Anklage plädierte unter Versagung mildernder Umstände für zwei Monate Gefängnis. Der Wagemann ist unter anderem mit fünf Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang bestraft. — Vor dem Schöffengericht in Mainz standen die „arbeitswilligen“ Maurer Josef Schuhmacher und Ludwig Keim aus Weisenau, die während der letzten Aussperrung gearbeitet hatten. Eines Abends gerieten sie mit zwei Ausgesperrten in einer Wirtschaft der Neutorstraße in Streitigkeiten. Auf dem Heimweg überfielen die „Arbeitswilligen“ die ausgesperrten Maurer und mißhandelten sie. Bei dieser Gelegenheit hatte Schuhmacher von dem Messer Gebrauch gemacht und einem seiner Gegner einen Stich versetzt. Das Gericht verurteilte Schuhmacher zu zwei Monaten und Keim zu drei Tagen Gefängnis.

Man erzieht aus diesen Verhandlungen aber auch, aus was für gefährlichem Gesindel meistens diese Arbeitswilligen sich rekrutieren.

**Begnadigte Mörder.** Präsident Loubet hat die Brüder Grettiez begnadigt, die auf ihre ausständigen Arbeiter geschossen und mehrere von ihnen getötet haben. Bei den vorgeschrittenen Parteien macht diese Begnadigung einen ungünstigen Eindruck.

So meldet die „Vossische Zeitung“. Die Begnadigung ist ein Dokument der unverhülltesten Klassenjustiz, wie es nicht schroffer und provozierender gedacht werden kann. Der Begnadigungsakt wird den ministeriellen Sozialisten in Frankreich Anlaß zum Nachdenken über ihre Stellung zur Regierung sein.

## Eingefandt.

### Achtung Korbmacher!

Die uns bewilligte Konferenz findet am 19. bis 21. Februar in Magdeburg, im Lokal von Holze, Tischlerkrugstraße 22, statt.

Wir erwarten, daß die Kollegen aller Zahlstellen, wo Korbmacher in Frage kommen, so bald wie möglich Stellung dazu nehmen.

Die Delegierten sind in einer Sektionsversammlung der Korbmacher zu wählen, und ersuche ich, die Namen der Delegierten, sowie von den Zahlstellen zu stellende Anträge bis zum 2. Februar an mich gelangen zu lassen.

Anträge wegen Zuschuß zu den Kosten sind bis 15. Januar an den Hauptvorstand einzureichen.

Die Konferenz wird am 19. Februar, abends 6 Uhr, eröffnet und werden die Delegierten ersucht, zu der angegebenen Zeit zu erscheinen.

Lito Eitz,  
Berlin N. 81, Bernauerstraße 111.

### An die Mitglieder in Sangerhausen.

Wie den Mitgliedern unserer Zahlstelle bekannt ist, findet am 14. Januar unsere Generalversammlung statt. Wenn wir unsere Versammlungen betrachten, so sollte man glauben, wir lebten hier in den rosigsten Verhältnissen. Unsere Verhältnisse lassen aber viel zu wünschen übrig. Daran sind aber die Kollegen selbst schuld, denn wie viele, ja sogar alte Mitglieder lassen sich jahrein jahraus in keiner Versammlung sehen. Und gerade die, welche ja doch den eigentlichen Stamm bilden, sollten es sich doch angelegen sein lassen, die Versammlungen besser zu besuchen und so den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel vorzugehen. Unsere Kollegen, welche auswärts wohnen, begehen denselben Fehler. Diesen sollte es doch ein paar mal im Jahre möglich sein, die Versammlungen zu besuchen, um so wenigstens einigermaßen Fühlung mit den Kollegen und Kenntnis von den Beschläffen der Versammlungen zu haben. Und es geht auch, wenn

nur der gute Wille da ist. Eine unserer wichtigsten Versammlungen ist ja die Generalversammlung. Hier sollte doch kein Kollege fehlen. Hoffentlich genügen diese paar Zeilen, um eine Besserung in unserer Zahlstelle eintreten zu lassen.

Der Aufruf an die Maschinenarbeiter Deutschlands und die Korrespondenz der Maschinenarbeiter-Sektion, Zahlstelle Stuttgart, in Nr. 51 der "Holzarbeiter-Zeitung" findet ganz den Beifall der Sektion der Maschinenarbeiter, Zahlstelle München. Daß es von allen im Deutschen Holzarbeiterverband vereinigten Branchen wohl keine geben wird, die mehr interne Interessen zu vertreten hat als die Branche der Maschinenarbeiter, wird wohl jeder halbwegs orientierte Kollege ohne weiteres zugeben müssen, wenn er sich nur die große Unfallgefahr, welcher die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter ausgesetzt sind, vor Augen führt; wenn er bedenkt, wie vielen mehr oder minder verkrüppelten Kollegen man allerorts begegnet; wie minimal die Rentengewährung bei den meisten Unfällen ist und wie überhaupt die Auspönerung der Maschinenarbeiter durch alle sich hierzu berufen fühlenden Stellen durchgeführt wird. Angesichts solcher Verhältnisse bleibt den Maschinenarbeitern gar nichts anderes übrig, als sich, wo es nur irgend angängig, in Sektionen zusammenzuschließen, die vorhandenen Mißstände zu prüfen und zu überlegen, wie Abhilfe geschaffen werden könnte. Durch die Ergebnisse solcher Ueberprüfungen ist erst die Möglichkeit geboten, daß ein einheitliches Vorgehen angebahnt, eventuell die Bekämpfung der Unfallgefahr in ein System gebracht werden kann. Eines noch möchte ich den Zahlstellenverwaltungen dringend ans Herz legen: unterstützen Sie die Maschinenarbeiter in ihren gewiß vollst. berechtigten Bestrebungen und helfen Sie dazu, daß für eine Klasse von Arbeitern, die bis jetzt nur zu oft unter den ungünstigsten Verhältnissen zu leiden hatte, endlich einmal normale Zustände geschaffen werden können.

S. U.: F. S. Attenhofer.

Literarisches.

Der Redaktion sind folgende Schriften zugegangen: In freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheinenden Wochenschrift liegt nunmehr der zweite Band des 7. Jahrganges vor. In der Hauptsache enthält er C. Spindlers Zeitroman „Der Jesuit“.

Wir können die Anschaffung des gebiegen ausgeführten Wertes nur jedem empfehlen.

Der soeben beginnende neue Jahrgang bringt als Hauptroman „Im Banne der Versuchung“ von Hektor Malot und daneben „Die Mörderin“, eine Geschichte vom Gardasee, von Schulze-Smidt und den überaus packenden Roman „Der Bedlar“ von Otto Kuppins. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft, das in allen Parteibuchhandlungen und bei den Kolporturen zu haben ist. Auch die Post nimmt Bestellungen entgegen.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Lieferung 88 enthält den Schluß des Kapitels über den Jesuitenorden.

Königsberg. Der Geheimbund des Jaren. Nach den Alten und stenographischen Aufzeichnungen des Königsberger Prof. Herausgegeben von Kurt Eisner. Mit Illustrationen. Heft 6 bis 7. Vollständig in 11 Lieferungen à 20 Pfennig. Berlin 1904, Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW.

Briefkasten.

Zur Beachtung! Mit der Nummer 3 unserer Zeitung gelangt das Inhaltsverzeichnis für den letzten Jahrgang unserer Zeitung zum Versand. Die Zahlstellen, welche eine größere Anzahl Inhaltsverzeichnisse wünschen, werden gebeten, uns dies mitzuteilen.

Berlin. F. L. Dein Brief kam Dienstag morgens 8 Uhr in unsere Hände. Es hat uns recht viel Unannehmlichkeiten gemacht, daß er so spät eintraf, da wir um 9 Uhr schon Redaktionschluss haben. Größere Korrespondenzen sollten unbedingt bis Sonnabend oder spätestens bis Montag früh in unseren Händen sein, sonst können wir nicht für pünktliche, sachgemäße Veröffentlichung garantieren.

Berlin. J. Nächste Nummer.

Gera. S. B. Uns sind bestimmte Abgabebeträge für Ihre Furniere nicht bekannt. Ein Aufruf an die Kollegen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ empfiehlt sich nicht. Vielleicht haben Sie Erfolg mit einem Inserat in unserer Zeitung.

Elberfeld. W. J. Der Ausschub hat sich nach unserer Kenntnis der Sache mit Ihrer Angelegenheit beschäftigt und wird Sie über das Ergebnis seiner Verhandlungen unterrichtet haben. Damit ist für uns die Angelegenheit erledigt.

Sangerhausen. M. G. Wie oft sollen wir noch sagen, daß alle Einsendungen an die Zeitung untersteuert sein müssen, sollen sie in dieser Berücksichtigung finden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(S. S. 8 in Hamburg.)

Überschüsse sandten ein in der Zeit vom 12. bis 31. Dezember: Nürnberg 1800 Mark, Chemnitz 800, Würzburg II 600, Fürth, Lindenu 600, Mannheim, Niddorf je 400, Berlin H, Breslau, Johannegeorgenstadt, Löttau, Charlottenburg, Schwerin, Neu-Jenburg, Freiburg i. B. je 300, Hagen 250, Hamburg II 250, Kassel, Feil, Ehrenfeld, Lindental, Garburg, Pfungstadt, Siebichenstein, Reineckendorf, Rathenow, Dresden-N., Weinheim, Wittingen, Brandenburg, Hamburg IV, Köln II, Bevelsberg, Würzburg I, Thonberg je 200, Iversgehofen 160, Weimar 175, Spandau, Kronach, Erlangen, Wiesbaden, Abbau, Passau, Nies, Dresden-N., Freiberg i. S. je 150, Mühlheim a. M., Bamberg, Ebingen, Kleinhausen, Peiertsheim, Plawe, Leipzig I, Oldenburg, Plauen b. D., Ruitz, Estal, Fretha, Deuben, Eblingen, Erlangen, Bruchsal, Nordhausen, Kaltensordheim, Gendich, Dülmen, Tharandt, Potschappel, Rohracker, Duisburg, Kößchenbroda, Zugenheim, Waldhütten, Grethen, Stöteritz je 100, Neutlingen 95, Mastatt 80, Neuhäusel 70, Rotenburg a. L., Waldheim je 60, Rogheim, Elsnitz je 50. Summa 16500 Mark.

Zuschüsse erhielten: Grünmetersbach, Berlin E, Freudenheim je 300 Mark, Arnstadt, Dagersheim, Gotha, Koblenz, Neckarau, St.-Gangloff, Loll, V.-Glabach, Schweizingen je 200, Pfaffenwiesbach, Bach, Schnefeld, Westhofen, Bettenhausen, Camberg, Wapertal, Kronach, Nachen, Lagerdorf, Gitorf je 150, Nalen, Wehringhausen, Lamsbach je 120, Strahburg 108, Theßen 190, Gomburg, Fürth, Budenheim, Mombach, Mariendorf, Dünnwald, Bremerhaven, Niederberg, Neustadt b. L., Krehlschan, Weisenfels, Naumburg, Wittenberg, Rudolstadt, Oberrad, Hemmoor, Bredow, Lofchwitz, Schaaßheim, Hornberg, Kottheim, Müdigheim, Wildsdorf, Gundelsheim, Möckern, Grauz, Neufretz je 100, Kulmbach, Zellbach, Gotta je 80, Ohrdruf 70, Wintkowitz, Salzungen, Lützenau, Herbede, Lorch je 50, Cabel 40, Prenzlau 30, Mannsdorf 25. Summa 8868 Mark.

Krankengeld an Einzelmittglieder wurde bezahlt 2187,21 Mark. A. Sud, Hauptkassier

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Bürstenmacher. Sonntag, den 22. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kolleg 4.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Montag abend in unseren Händen sein.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.

Zentral-Arbeitsnachweis der Holzarbeiter aller Branchen

wie Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Parkettbodenleger, Möbeltischler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher, auch für Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Rahmenmacher, Verblümmenarbeiter und Kammmacher befindet sich Engel-Ufer 15, Zimmer 11.

Dieselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Cöpenik. Reiseunterstützung und Lokalunterstützung wird von jetzt ab Schönerlinderstraße 5 beim Restaurateur Adolf Helling ausgezahlt.

Kollegen, welche den Aufenthalt des Mitglieds Karl Rothe, Buchnummer 51 820 wissen, werden aufgefordert, die Adresse von demselben an C. Rühmer, Kassierer der Zahlstelle Hirschberg, Sand 18, zu senden.

Tüchtige Tischler und Maschinenarbeiter

für dauernde und lohnende Beschäftigung sofort gesucht.

Friedrich Ackermann

Fenster- und Türenfabrik Muskau O.-L.

Zwei Tischlergesellen auf bessere Möbelarbeit gesucht. (Dauernde Beschäftigung.) H. Kampmeier Lage i. Sippe.

Suche zu sofort mehrere durchaus tüchtige Tischler auf furnierte Sofasofa und weiche Möbel bei gutem Akkordlohn. Verheiratete werden bevorzugt. Hr. Kieck, Wismar i. Meckl.

Gesucht ein tüchtiger solider Bürstenmacher. Arnold Wahle, Hildesheim.

Gesucht sofort ein Korbmacher auf Mattarbeit. Ludw. Behsen, Trittau i. Solt.

Hobelbankmacher

eingearbeiteter, tüchtiger Arbeiter, auf guten Akkord sofort gesucht. Bad. Holzwerkzeugfabrik Oos Cos-Baden.

Zwei Korbmacher gesellen auf Grünrund finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei Emil Krause, Korbmachermstr. Angermünde, Rosenstraße 16.

Tüchtige Gestellarbeiter

(Korbmacher) werden sofort eingestellt. Wöchentlicher Verdienst 25 bis 30 Mark. Reise wird vergütet.

Adolf Schmidt, Möbelfabrik Prenzlau a. S.

4-5 Korbmacher auf Mattarbeit such Hermann Lange Wulsdorf bei Westmünde.

Ein jüngerer Korbmachergehilfe auf Reise- und Mattarbeit gesucht. Emil Döltsch, Eisenberg, Thür.

Zwei Korbmachergesellen finden sofort dauernde Beschäftigung. A. Ferling, Dorstadt b. Hedwigsburg.

Tüchtige Stuhlbauer

für dauernde Beschäftigung bei gutem Akkordlohn gesucht. Rüping & Fritz, Möbelfabrik Koburg.

Gänsefedern,

Streng reelle und billige Bezugsmittel. In mehr als 150,000 Familien im Gebrauch.

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern Neuheit und beste Meinung garantiert! Gute, preiswerte Bettfedern per Pfund für 0,80; 1 Mt. 1,40. Prima Halbdaunen 1,00; 1,80. Bettfedern: halbwisch 2, weiß 2,50 Silberwische Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Weiße Wische Halbdaunen 2,50. Halbdaunen 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Planzahl liefert gegen Nachnahme Zurücknahme auf unsere Kosten!

Pecher & Co. in Herford W. No. 2214 in Westfalen.

Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Federnproben erwünscht!

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Leihplatzstr. 18. Dir. Carl Malbaum.

Eine totale Umwälzung

bedeutet mein Verfahren, auf großen Flächen, Pianofronten etc. ohne zu polieren

durch einfachen Anstrich den höchsten Politurglanz zu erzielen.

50 Prozent Material- und Zeiterparnis. Überraschender Erfolg!

Ein Versuch kostet nichts! C. Bratsch, Lack- und Politurwerk Reinickendorf-Berlin.

Wälsägerei

Kerbschnitzerei, Holzbrandmaterie liefert am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz etc. J. Brendel, Magdorf 95 (Pfalz). Melch. Über 2000 Abstellungen gegen Kautions 40 Pf. in Berlin-Markn. franko. Tel. 100. 100. 100. 100.

Waggonfabriken, Schiffswerften...



In jeden Bohrer zu befestigender verstellbarer Krauskopf D. R. G. M. 240862. Macht die zweite Bohrwinde überflüssig; große Zeiterparnis! Preis pro Stück 85 Pf. Bei Bestellung von 10 Stück Frantonsendung.

A. Neumann, Düsseldorf Kronprinzenstraße 92. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner \* Werkführer \* Meister

Tischlerfachschule Detmold für Bau- und Möbelschreiner. Gesetzliche Meisterprüfung. \* Werkführer- und Technikerurse. \* Programm frei. Dir. Reineking.

Tischlerschule in Sternberg in Mecklenburg

Programme und Auskunft kostenfrei.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 \* Eilbeck \* Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauen das Holz nicht auf, pruchtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und ährend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzsporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpölieren, erzeugt durch einen einzigen Ballon glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwohlen und verhindert unter Garantie das Olauschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und gepöhlter Ware zum Versand gebracht.
Paul Horn's Filmtatzenpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Lack sind preiswert und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert la rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist 70er Preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1890.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1900.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerbemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag von Karl Klop in Stuttgart; Druck von Paul Singer in Stuttgart.